

OUT OF **DAHLEM**

NR. 6 ■ WINTER 06/07



Blickfeld FU

### Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Telefon: 838 56 203  
Do 14<sup>00</sup>-19<sup>00</sup>

Raum JK 29/202 (Silberlaube), Habelschwerdter Allee 45

E-Mail: [astabehindertenberatung@astafu.de](mailto:astabehindertenberatung@astafu.de)

### AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17  
Mo 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Do 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>

E-Mail: [arefberatung@astafu.de](mailto:arefberatung@astafu.de)

### Sozialberatung

Telefon: 839 091-12  
Mo und Fr 10<sup>00</sup>-12<sup>30</sup>  
E-Mail: [sozialberatung@astafu.de](mailto:sozialberatung@astafu.de)

### Bafög-Beratung

Telefon: 839 091-12  
Mo 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
Mi 11<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

### Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-23  
Do 14<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

### Semesterticketbüro

Telefon: 839 091-40  
Di 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
Mi und Do 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos)  
E-Mail: [semixbuero@astafu.de](mailto:semixbuero@astafu.de)  
Online: [www.astafu.de/semixbuero](http://www.astafu.de/semixbuero)

### Hochschulberatung

Telefon: 839 091-12  
Di 11<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

E-Mail: [hochschulberatung@astafu.de](mailto:hochschulberatung@astafu.de)

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

# ASTA-BERATUNGEN

### Frauenberatung

Telefon: 839 091-23  
Di 14<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>

### Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Telefon: 839 091-10  
Di 13<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
Mi und Do 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
E-Mail: [arbeitsrecht@astafu.de](mailto:arbeitsrecht@astafu.de)

### Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)

Fr 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>

Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>

E-Mail: [schwulenberatung@gaycampus.de](mailto:schwulenberatung@gaycampus.de)

### Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0  
Fr 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

## [OUT OF **DAHLEM**] i m p r e s s u m

**Redaktion:** Daniela Krebs, Stefan Günther

**Layout & Fotos:** Dani, Stefan

**Belichtung:** Medienraum RefRat HU

**Druck:** AstA-Druck

**Auflage:** 5 000

Herausgegeben vom

**AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)**

Otto-von-Simson-Str. 23

14195 Berlin-Dahlem

Tel. (030) 839091-0

Fax: +49 30 8314536

E-Mail: [oeffref@astafu.de](mailto:oeffref@astafu.de)

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wider.

# E D I T O R I A L

## **Liebe Leserinnen und Leser!**

Die Tage werden kürzer, das Wetter wird schlechter, Schnee fällt...

So sollte momentan unsere Umgebung aussehen, doch erstaunlicherweise lässt es sich noch gut im Freien aushalten.

Doch entgegen dem Wetter, das sich von seiner schönen Seite zeigt, passieren an der Uni immer wieder Sachen, die ganz und gar nicht zum Lachen sind.

Und trotzdem sollten wir nicht die Lust am Studieren und an gemeinschaftlichen Aktionen verlieren, sondern uns an Positivem orientieren. Beispielsweise, dass es hier in Berlin noch keine Studiengebühren gibt.

Doch das kann sich auch schnell ändern, wie es in anderen Bundesländern zu beobachten ist. Gerade deshalb sollten wir uns dafür einsetzen, dass keine weiteren Beschränkungen für das Studium eingeführt werden.

Unser Blickfeld FU erstreckt sich über das Elitethema, Probleme mit den neuen Studiengängen und Veränderungen an unserer Universität.

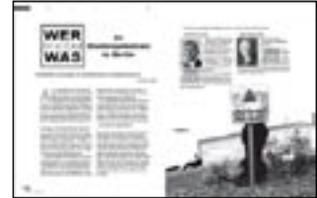
Viel Spaß beim Lesen!

**Eure Redaktion.**

# C > O N T

## D A H L E M

- 6 **»Es können nicht alle Elite sein«**  
AStA-Rede zur Immatrikulationsfeier im Wintersemester 2006/2007.
- 10 **Neue Wahlen, alter Ärger**  
Stand der Studiengebührendebatte in Berlin.
- 12 **Wer denkt was zu Studiengebühren in Berlin**  
Ein Rückblick auf Aussagen von Kandidierenden bei kandidatenwatch.de.
- 18 **Eine Legende geht**  
Nachruf auf Prof. Gerburg Treusch-Dieter.



## S C H W E R P U N K T

### B L I C K F E L D F U

- 22 **Die Freie Universität - Keine Elite?!**  
Resümee über den Verlauf der Exzellenzinitiative.
- 25 **Stop\_Control**  
Überwachung und Kontrolle an der FU.
- 28 **Unsere kleine Fabrik**  
Ein Einblick in das Unternehmen »Freie Universität Berlin«.
- 30 **Die Konzentration im Kopf**  
Bibliotheken von Zusammenlegungen bedroht.
- 32 **Ich dachte ich bin zum Studieren hier?!**  
Über das Werben und die Werbung auf dem Campus.
- 34 **Exzellenz knapp verfehlt**  
Misstände wegen Bachelor und Master an der FU.
- 36 **Tag der Arbeit**  
Das Institut für Soziologie bekam einen angemessenen Institutstag.
- 40 **Über den Fall »Lenzen«**  
Glosse über den Präsidenten der Freien Universität.
- 42 **Studentische Mitarbeit in Gremien - eine Farce?**  
Ein Erfahrungsbericht aus der KfL.



# E N T S

## S T U P A

- Boykott von Coca Cola** 44
- »Berliner Bündnis für freie Bildung - Gegen Studiengebühren«** 45

## A N D E R S W O

- Wer nicht kämpft verliert!** 46  
Über die Studierendenproteste in Deutschland.

- Marx neu lesen** 50  
Die »Neue Marx-Lektüre-Bewegung« an der Freien Universität.

- Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen** 54  
Buchkritik zu Elmar Altvaters neuem Buch.

- Der Superzöllner kassiert** 58  
Ein kapitaler Fang für das Land Berlin.

- Studis in der Datenfalle** 62  
Das StudiVZ hat mit erheblichen Problemen zu kämpfen.

## K R E M P E L

- AStA-Beratungen/Impressum** 2

- Short News: Dahlem** 20

- Wahlinformationen** 66



[OUT OF **DAHLEM**]

Rede zur Immatrikulationsfeier im Wintersemester 2006/2007

# »Es können nicht alle Elite sein«

von ralf hoffrogge

**L**iebe Erstsemester und Neue Studierende, mein Name ist Ralf Hoffrogge und ich darf euch im Namen des AstA, des Allgemeinen Studierendenausschusses der Freien Universität, herzlich begrüßen!

Der AstA, das ist eure gewählte Studierendenvertretung. Da die Universitäten in Deutschland allerdings nur Schein-Demokratien sind, in der die ProfessorInnenschaft in allen entscheidenden Gremien die Mehrheit hat, haben die Beschlüsse und Resolutionen unseres AstA leider nur empfehlenden Charakter und werden selbstverständlich vom Präsidium ignoriert.

Gerade deshalb möchte ich im Namen des AstA diese Gelegenheit nutzen, um auf die realen Zustände an der Universität hinzuweisen, über die sich leider weder in den Hochglanz-Broschüren noch in den Festtagsreden des Präsidiums ausreichend Hinweise finden.

Die Realität ist, dass wir alle, insbesondere die neu immatrikulierten Bachelorstudierenden unter euch, momentan Teil eines Experiments sind. Eine neue Hochschulreform ist im Gange, radikaler und grundlegender als alle anderen Reformen seit den späten 60er Jahren. Die Idee ist, völlig unterfinanzierte Massenuniversitäten über Nacht durch die Einführung von neuen Ab-

schlüssen in wettbewerbsfähige Elite-Universitäten zu verwandeln. Natürlich können nicht alle Elite sein und mehr Geld ist insgesamt auch nicht da, also werden einige Institutionen weiterhin wissenschaftlich glänzen können, während die Mehrheit nur mehr eine minimale Grundausbildung bieten kann. Mit der gerade ablaufenden »Exzellenzinitiative« wird mittlerweile in offenem Zynismus zugegeben, was vor einigen Jahren noch kräftig dementiert wurde: Die Spaltung der Universitäten in zwei Klassen, die Elite und die Masse. Der nächste Schritt auf diesem Weg, im großen Vorbild USA schon verwirklicht, bahnt sich gerade auch in Deutschland an: mit der Einführung von Studiengebühren wird demnächst der Zugang zu Eliteuniversitäten über das Portmonee geregelt - nur wer zahlen kann, wird Elitestudent, für die anderen bleiben nur die Universitäten zweiter Klasse oder der Verzicht auf ein Studium.

Harvard, Stanford, Oxford - das sind die Bildungsleuchttürme der USA, nach deren Bilde auch unsere Universität umgestaltet wird. Verschwiegen wird dabei, dass diese Top-Ten Institutionen der USA durchschnittlich über 30.000 Dollar Studiengebühren von ihren Studentinnen verlangen. Der Klassencharakter der Erziehung

ist hier mehr als deutlich und kann auch durch Stipendien bestenfalls verschleiert, aber nicht behoben werden.

Aber wird die FU nun zur Elite gehören? Sind wir die Gewinner der unnatürlichen Auslese, die gerade stattfindet? Die FU ist alles andere als auf dem Weg zur Elite – sie steckt in ihrer tiefsten Krise seit langem. Die Symptome dieser Krise haben wahrscheinlich viele von Euch in der einen oder anderen Form schon erleben und erleiden müssen.

Da wäre zum Beispiel das völlig unausgereifte Campus Management System. Nicht nur werden durch diese Zentralverwaltung von allen und jedem an der FU Datenschutzrichtlinien verletzt, es werden auch unnötig zentrale Abgabetermine für Hausarbeiten vergeben, unnötig Stress erzeugt und den Hochschullehrenden die Möglichkeit erschwert, Kulanz zu üben und Ausnahmen zu vereinbaren. Neben all diesen Nachteilen gibt es ein weiteres Problem – Das Campus Management funktioniert einfach nicht.

Die Probleme häufen sich besonders zu Studienanfang – spät Zugelassene haben immer noch keinen Zugang zum System und können sich nicht für Kurse eintragen, obwohl diese längst begonnen haben, gewählte Kurse tauchen bei der

Anmeldebestätigung nicht auf und in Einzelfällen nimmt das System einfach gar keine Eingaben an.

Das Chaos ist jedoch nicht nur ein Computerproblem. Grundsätzlich ist der Wandel zum Bachelor an der FU von oben verordnet und überhastet durchgeführt, es gibt keinerlei Koordination zwischen den einzelnen Instituten und Studiengängen. Anstatt die Universitätsmitglieder zur Reform zu befragen und langsam von unten Reformen durchzuführen wurde auf bundespolitischen Druck hin im Top-Down Verfahren die Umstellung beschlossen, jedes Institut musste möglichst fix eine Bachelorordnung produzieren und am Ende passten diese in keiner Weise zusammen.

Die Arbeitsüberlastung der Studierenden ist durch den enormen Anstieg von Pflichtveranstaltungen unnötig hoch, Kernmodule und Pflichtveranstaltungen liegen parallel und die Studierenden müssen sich entweder zerteilen oder von Pontius zu Pilatus rennen, um Ausnahmegenehmigungen für einen Modulwechsel zu erhalten.

Kein Wunder, dass an manchen Instituten mittlerweile schon die zweite Bachelorstudienordnung in Kraft tritt, bevor die erste Bachelorordnung überhaupt je eine Absolventin oder ei-

nen Absolventen hervorgebracht hat – die Unstudierbarkeit dieser Kopfgeburten war einfach offensichtlich.

Hinzu kommen rechtliche Probleme – in meinem Institut und sicher auch anderswo sind die Studienordnungen noch nicht einmal durch den Fachbereichs-



rat beschlossen, geschweige denn vom Berliner Senat genehmigt. Die Immatrikulation erfolgt in rechtsfreie Räume hinein, die Studierenden können nicht wirklich wissen, worauf sie sich einlassen.

Aber die Probleme dieser Reform sind nicht nur handwerkliche Fehler oder Kinderkrankheiten – es bleiben grundlegende Bedenken, wie etwa unklare Berufsaussichten nach dem Abschluss. Für Bachelor-Lehrerinnen und Lehrer zum Beispiel existiert überhaupt noch kein klares Berufsfeld, für ArchitektInnen und andere Bereiche ebenso wenig. Niemand weiß, was der Abschluss in Zukunft am Arbeitsmarkt wert sein wird.

Die Verantwortlichen an der Universität interessiert das wenig – sie wollen die Studierenden möglichst schnell aus der Institution wieder heraus haben, der Mehrheit soll ein Weiterstudium im Master verweigert werden. Nur 30% der Studierenden sollen den Master machen dürfen, der

Rest bleibt außen vor. Auch innerhalb der Uni wird somit die Zweiteilung zwischen Elite und Masse zementiert, einige kommen weiter, andere werden aussortiert.

Dieses Aussortieren ist die Reaktion nicht nur unserer Uni auf die seit Jahren katastrophale Finanzsituation der Universitäten - Statt zu wenig Lehrpersonal gäbe es einfach zu viele Studierende und daher muss der Studierendenberg geschrumpft werden, durch Schnellabfertigung in Massenvorlesungen und Verweigerung des Masterstudienganges für die Mehrheit soll die Überfüllung beendet und das Betreuungsverhältnis verbessert werden.

Aber auch der angesprochene »Elitewettbewerb«, in dem unsere FU ja jetzt erstmal eine Ehrenrunde in der Warteschleife drehen wird, wird diese Zustände nicht wirklich verbessern. Die grundlegende Tendenz zur Zweiklassenbildung wird durch den Wettbewerb nicht gemindert, sondern vielmehr enorm beschleunigt. Zudem werden die versprochenen Millionen fast komplett in die Forschung fließen und eben nicht in die Lehre – selbst an den Gewinnerunis werden letztendlich die Studierenden die Verlierer zu sein. Die Exzellenzinitiative ist im Endeffekt nur ein geschickter Coup des Staatsapparats, der zunächst den Universitäten mehr und mehr Gelder kürzte, ihnen dann einen Bruchteil derselben Mittel wieder hinwarf, damit sie in unwürdigster Weise mit Hauen und Stechen um diese Gelder konkurrieren. Das uralte »divide et impera« – Teile und Herrsche funktioniert hier in neoliberaler Perfektion.

Das Ergebnis ist eine Wissenschaft, die noch staatstreuer, noch stromlinienförmiger ist, eine Uni die noch direkter, schneller und kurzfristiger dem »Standort Deutschland« dienlich ist. Kritisches Denken, Erziehung zur Mündigkeit, Unabhängiges Erkenntnisinteresse – diese an der Universität immer schon seltenen Erscheinungen werden nun endgültig zurücktreten hinter der vollends zur Ware gewordenen Wissenschaft.

Euch möchte ich daher sagen: lasst euch nicht vor den Karren dieser so genannten Reformen



spannen, erteilt der Elite-Ideologie eine Absage, denn sie widerspricht unseren Interessen als Studierender.

Ich rufe daher zum Widerstand auf – zunächst im Kleinen. Neuanfänger an der FU brauchen heute noch mehr Selbstbewusstsein, noch mehr Aufmüpfigkeit als früher. Lasst euch nicht abwimmeln von Dozentinnen oder Dozenten und Professorinnen und Professoren, sondern verlangt Lösungen bei unklaren Studienordnungen. Besteht auf Ausnahmeregelungen und Ersatzveranstaltungen wenn wiederum zwei Module gleichzeitig stattfinden. Lasst euch nicht aus überfüllten Seminaren raus werfen, die Überfüllung ist nicht eure Schuld, sondern ein Produkt jahrzehntelanger Fehlplanung auf Bundes- und Landesebene. Tretet den Professorinnen und Professoren entschieden und gemeinsam entgegen und pocht auf euer Recht, an Pflichtveranstaltungen teilzunehmen, denn wenn die Universität beschließt, dass ein Studium nur noch aus Pflichtveranstaltungen besteht, so muss sie auch ausreichend Seminarplätze zur Verfügung stellen.

Und haltet euch den Kopf frei für eigene Gedanken – Notfalls auch durch Methoden, die der FU-Politikprofessor Wolf Dieter Narr einmal den »Lammfrommen Betrug« genannt hat. Um ein Beispiel aus der Vergangenheit zu nennen: es gab früher todlangweilige Veranstaltungen, in denen regelmäßig die Anwesenheitsliste verschwand und am Ende des Seminars unauffindbar war. Der Anwesenheitszwang verlor somit seinen Zwangscharakter und eine Menge Studierende hatte viel Zeit, was Besseres zu tun – das Kapital zu lesen zum Beispiel, oder sich in einem der vielen Parks hier die Sonne auf den Bauch scheinen zu lassen.

Wichtiger als diese individuelle Ebene ist jedoch die politische Ebene. Die Krise der Bacheloreinführung ist politisch gemacht und kann politisch verändert werden. Studierende können immer noch Einfluss darauf nehmen, wie die nächsten Reformschritte aussehen werden und wie die vielen Probleme behoben werden.

Wichtig ist dabei, das wir solidarisch sind, nicht auf die Eliteideologie hereinfallen, sondern uns kollektiv zusammenschließen und über unsere eigenen Interessen diskutieren. An fast jedem Institut gibt es Fachschaftsinitiativen, auf der gesamtuniversitären Ebene den hochschulpolitischen Arbeitskreis des AStA und andere Gruppen, die sich kritisch mit Lehre und Studium auseinandersetzen. Diese Initiativen brauchen eure Unterstützung. Wenn sich die Mehrheit der Studierenden auf individuelle Durchschlagen beschränkt und nicht politisch aktiv wird, werden letztendlich wir alle gemeinsam verlieren.

Zum Beispiel beim Masterzugang – die Masterstudienordnungen sind in der Mehrheit noch nicht geschrieben und es ist noch nicht ganz klar, wie viele Studienplätze hier geschaffen werden. Der Kampf um den Masterzugang ist letztendlich euer Kampf, der Kampf der neuen Bachelorstudierenden.

Mit den Studiengebühren ist es ebenso. Der letzte Versuch, in Berlin Studiengebühren einzuführen konnte durch den bundesweiten Unistreik im Winter 2003/2004 verhindert werden. Sicher war hier nicht alles rosig. Die politischen Inhalte fielen oft dem Aktionismus zum Opfer, Bündnispartner außerhalb der Uni wurden nicht ernsthaft gesucht, viele Studierende waren gegen den Streik, es gab Spaltungen und Konflikte. Aber im Endeffekt blieb ein Sieg: wir haben bis heute in Berlin keine Studiengebühren!

Ich hoffe also, das wir zusammen diese Kämpfe weiterführen. Der AStA und die ihn tragenden Gruppen werden kritische Studierendenbewegungen immer unterstützen, aber er kann die Bewegung nicht ersetzen. Nur wenn wir als Studierende die Universität und die sie umgebende Gesellschaft nicht als Sachzwang hinnehmen, sondern uns kritisch und kämpferisch zu ihr verhalten, können wir Veränderungen zum Besseren durchsetzen.

In diesem Sinne wünsche ich euch einen frohen Semesterstart!



# Neue Wahlen, alter Ärger?

*Stand der Studiengebührendebatte in Berlin*

*von björn kietzmann*

## Studiengebührenüberblick BRD

**A**b dem Wintersemester 2006/07 werden in Deutschland erstmals, seit der Abschaffung der so genannten Hörer-Innengelder im Jahr 1970, allgemeine Studiengebühren kassiert. Die Parlamentarier von sieben Landesregierungen (Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland) sprachen sich inzwischen für allgemeine Studiengebühren aus. In weiteren fünf Bundesländern (Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) werden Gebühren für das Zweitstudium sowie für angeblich zu langem Studieren verlangt. Die übrigen vier Bundesländer (Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein) bieten derzeit noch Möglichkeiten zum umfangreichen kostenlosen Studieren. Jedoch gibt es auch in diesen Bundesländern Entwicklungen hin zum Bezahl-Studium. In Mecklenburg-Vorpommern einigten sich die Koalitionsparteien auf die Einführung von Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren und auch Schleswig-Holsteins Landesregierung stellt klar, dass sie keine »Insellösung« zulassen werde.

## Politische Einschätzung Berlin

**V**or den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2006 sah es so aus, als würde die Einführung von Studiengebühren eines der ersten Projekte des wie auch immer aussehenden neuen Berliner Senats. Nachdem die PDS bei den Wahlen massive Verluste (-9,2 Prozent im Vergleich vorherigen Wahlergebnis) erlitt, wurden innerhalb der PDS Stimmen nach einem sozialeren Kurs der Partei laut. Auch das Thema Studiengebühren, zu dem sich vor der Wahl viele PDS Funktionäre ausschwiegen – kam auf die Tagesordnung. Öffentlich betonten einzelne PDS PolitikerInnen, dass Fehlritte – wie die zurückliegenden Überlegungen, Studiengebühren in Form von so genannten Studienkonten einzuführen – im Widerspruch zum gerne betonten sozialem Image der PDS stünden. Im anschließend ausgehandelten Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS findet das Thema Studiengebühren jedoch keinen Platz. Das war 2001 noch anderes, damals wurden Studiengebühren klar abgelehnt. Bestrebungen von PDS und SPD 2003/2004 Studiengebühren in Berlin einzuführen beweisen jedoch anschaulich, dass sol-

che Absichtserklärungen nicht selten wenig mit dem praktischen politischen Handeln zu tun haben. Die Berliner SPD lässt kaum Zweifel daran, dass sie lieber heute als morgen Studiengebühren einführen will. Bestärkt wird sie durch Berlins neuen Bildungs- und Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner. Dieser hat das so genannte Studienkontenmodell erfunden, mit dessen Einführung Berlins ehemaliger Wissenschaftssenator Thomas Flierl 2004 scheiterte. Die Einführung von Studiengebühren lief in allen Bundesländern gleich ab. Zuerst wurden so genannte Langzeitstudi-

engebühren eingeführt. Als nächstes folgten Beschlüsse zur Erhebung allgemeiner Gebühren. Dass in einigen dieser Bundesländer inzwischen über eine Erhöhung der gerade erst beschlossenen Gebühren diskutiert wird, macht lediglich deutlich, dass der Prozess um die Erhebung von Studiengebühren noch nicht abgeschlossen ist. Vergangene Proteste haben die schleichende Einführung von Studiengebühren in Berlin bisher vereitelt, dieser Status Quo wird jedoch ohne aktiven Widerstand zukünftig nicht erhalten bleiben.





## zu Studiengebühren in Berlin

*Ein Rückblick auf Aussagen von Kandidierenden bei kandidatenwatch.de<sup>1</sup>*

*von martin burwitz*

**A**m 17. September wurde in Berlin das Abgeordnetenhaus neu gewählt. Einige haben bestimmt auch noch die kleine Aufregung in der Stadt mitbekommen, als Klaus Wowereit erst im zweiten Wahlgang erneut zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde. Für viel mehr Furore sorgte aber das eine oder andere im Vorfeld der Wahl. Für uns alle natürlich am interessantesten und wichtigsten: Studiengebühren bzw. Studienkonten.

Erstmalig zu der Berliner Wahl im September wurde das Internetprojekt kandidatenwatch.de angeboten. Dort konnte sich jeder die Kandidierenden angucken, die im eigenen Wahlkreis, zumindest als Direktkandidierende, zur Wahl standen. Das Bonbon dabei war allerdings, dass man ihnen auch Fragen stellen konnte. Diese Fragen wurden auch zu über 90% beantwortet.

Auf den folgenden Seiten findet ihr nun eine Auswahl dieser Antwort auf Fragen, die sich um Studiengebühren bzw. Studienkonten drehten – eine sehr kleine Auswahl der insgesamt über 3300 Antworten auf kandidatenwatch.de. Die Antworten wurden aus dem Wahlarchiv von kan-

kandidatenwatch.de entnommen. Das Projekt versteht sich auch als »Wählergedächtnis«, was hiermit ein wenig umgesetzt werden soll...

Ein Gedächtnis bringt aber nichts, wenn sein Wissen nicht genutzt wird! Also sucht euch die Abgeordneten aus eurem Bezirk bzw. Wahlkreis heraus. Nehmt Kontakt auf mit euren »Volksvertretern« – belatscht und belagert sie mit und informiert sie über eure Interessen und eure Situation. Fordert die Umsetzung ihrer Aussagen ein – oder auch das Gegenteil davon!

Einen Dank an diejenigen, die ihre Position klar und einfach in ein oder zwei Sätzen formulieren konnten. Das erleichterte das Zitieren ungemessen. Man möge es mir auch nachsehen, dass ich nicht alle PolitikerInnen mit aufnehmen konnte. Folgende Kandidierende haben ebenfalls zum Thema geantwortet und sind hier nicht aufgeführt: Thomas Birk, Ramona Pop, Stefanie Bung, Bilkay Öney, Udo Wolf, Florian Graf, Stefan Zackenfels, Heidi Kosche, Canan Bayram, Ralf Hiltenberg, Raed Saleh, Mario Czaja (alle einfach über die Suchfunktion von kandidatenwatch.de zu finden)

## Antworten des Regierenden Bürgermeisters und des Parlamentspräsidenten

### Klaus Wowereit (SPD)



- Regierender Bürgermeister  
- direkt gew. in Charlottenburg-Wilmersdorf WK 5  
»die Berliner SPD lehnt Studiengebühren ab, damit [...] keine finanziellen Barrieren bestehen. [...] streben wir Verhandlungen [...] an, die einen Finanzausgleich für

Studienplätze zum Ziel haben.«<sup>2</sup>

»Studiengebühren sind keine Gewährleistung dafür, dass die Qualität des Studiums besser wird [...] favorisieren wir ein Studienkontenmodell, dessen Einheit nicht »Zeit«, sondern in Anspruch genommene Lehrleistung ist«<sup>3</sup>

### Walter Momper (SPD)



Parlamentspräsident  
- direkt gew. in Reinickendorf WK 1  
»Ich und auch meine Partei, die SPD, ist gegen Studiengebühren. In Berlin wird es daher keine geben. Wir bevorzugen das Studienkontenmodell, wonach für jeden das

Erststudium kostenfrei ist und erst für ein weiteres Gebühren erhoben werden.«<sup>4</sup>



## Antworten der Fraktionsvorsitzenden

### Friedbert Pflüger (CDU)



- gew. über Bezirksliste Neukölln

»Einführung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren [...] Die zusätzlichen Einnahmen [...] dürfen ausschließlich den Universitäten zugute kommen [...] Niemand von uns

will Gebühren in der Größenordnung amerikanischer Elite-Universitäten.«<sup>5</sup>

»[Es] wird ein neues, qualitativ hochwertiges Angebots-Nachfrageverhalten entstehen, welches den Studenten als bezahlende Kunden ermöglicht, auf eine adäquate Gegenleistung seitens der Universität zu bestehen. Die für die soziale Absicherung vorgesehenen Unterstützungssysteme mit Bafög und Studendarlehn müssen deshalb großzügig durch leistungsbezogene Stipendienprogramme ergänzt werden.«<sup>6</sup>

»Studiengebühren sind Investitionen in die eigene Zukunft. [...] Nach wie vor bezahlt der BVG-Busfahrer den Studienplatz von der Tochter seines Zahnarztes mit, erhält aber keine Entlastung bei den Gebühren für die Kita-Betreuung und vorschulischen Bildung seiner eigenen Kinder. Diese Ungerechtigkeit gilt es auszugleichen.«<sup>7</sup>

### Martin Lindner (FDP)



- gew. über Bezirksliste Steglitz-Zehlendorf

»die Hochschulen [sollen] selber entscheiden dürfen, ob und in welchem Umfang (Höchstgrenze 600 Euro) sie Studienentgelte [...] verlangen. [...] durch günstige Darlehen, aber auch Stipendien für die Studierenden, begleitet«<sup>10</sup>

### Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)



- Mitgl. in versch. Ausschüssen

- gew. über Landesliste

»Ihre abschreckende Wirkung insbesondere auf diejenigen, die nicht aus bildungsnahen und ökonomisch abgesicherten Verhältnissen kommen, würde

den erschreckend hohen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss nur noch verstärken. [...] Berlin [wäre] aufgrund des zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes [...] - gleich wie es auch ausfallen wird- gezwungen, die Einnahmen aus den Studiengebühren für die Sanierung des Landeshaushaltes zu verwenden [...] Daher werden wir uns [...] mit allem Nachdruck gegen die Einführung von Studiengebühren zur Wehr setzen«<sup>8</sup>

### Michael Müller (SPD)



- Fraktionsvorsitzender direkt gew. in Tempelhof-Schöneberg WK 4 »Außerdem bleibt die Berliner SPD bei ihrer Auffassung, dass es für die Aufnahme eines Studiums keine finanziellen

Hürden geben darf. Das Erststudium soll daher gebührenfrei bleiben. Dies gilt allerdings nicht uneingeschränkt. Wir erwarten, dass Studierende ihr Studium in einer gewissen Zeit (Regelstudienzeit + 50%) abschließen und plädieren daher für das Studienkontenmodell.«<sup>9</sup>

**DIE LINKE.PDS**

????????

## Antworten von Mitglieder in relevanten Ausschüssen

### Christa Müller (SPD)



- Vorsitzende des Ausschusses »Bildung, Jugend, Familie«; Sprecherin für: Berufliche Bildung
- direkt gew. in Pankow WK 4

*»Für die SPD hat Bildung Priorität, wir investieren in die Köpfe. [...] das berufsqualifizierende Erststudium von Studiengebühren frei halten [...] wir wollen keine soziale Selektion an den Hochschulen und wir wollen nicht vom Studium abschrecken.«<sup>11</sup>*

### Mirco Dragowski (FDP)



- u.a. Mitgl. im Ausschuss »Bildung, Jugend, Familie« & »Wissenschaft und Forschung«; versch. Sprecherfunkt.
- gew. über Bezirksliste Tempelhof-Schöneberg

*»ich bin für Studiengebühren [...] Alle Berliner Hochschulen sollen Studienentgelte bis zu einer Grenze von zunächst 600 Euro pro Semester erheben dürfen [...] Zur Finanzierung dieser Entgelte durch die Studierenden werden, vom Land koordiniert, Studiendarlehen eingeführt, die nach Abschluss des Studiums einkommensabhängig zurückzuzahlen sind.«<sup>13</sup>*

### Lars Oberg (SPD)



- Mitgl. im Ausschuss »Bildung, Jugend, Familie« & »Wissenschaft und Forschung«;
- direkt gew. in Tempelhof-Schöneberg WK 2

*»Ich bin gegen Studienkonten und -gebühren welcher Art auch immer. Für mich ist und bleibt Bildung ein öffentliches Gut, zu dem alle Menschen freien Zugang haben müssen.«<sup>14</sup>*

*»Studiengebühren sind: - UNGERECHT UND UNSOZIAL - BILDUNGSPOLITISCH UNVERANTWORTLICH- KEIN BEITRAG ZUR VERBESSERUNG DER STUDIENBEDINGUNGEN Bildung ist ein öffentliches Gut, das aus öffentlichen Mitteln finanziert werden muss. Ich werde mich im Abgeordnetenhaus dafür einsetzen, dass es auch künftig in Berlin nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, ob jemand studieren kann.«<sup>15</sup>*

### Clara Herrmann (Grüne)



- Mitgl. im Ausschuss »Bildung, Jugend, Familie«; jugendpolitische Sprecherin
- gew. über Landesliste
- »Die Universitäten/der Wissensbereich und die Kulturszene sind Berlins »Hamburger Hafen« - diese Bereiche gilt es zu unterstützen. Wir setzen uns u.a. für 100.000 Studienplätze OHNE Studiengebühren ein.«

### Mieke Senftleben (FDP)



- Mitgl. im Ausschuss »Bildung, Jugend, Familie«; Bildungs- und frauenpolitische Sprecherin
- gew. über Bezirksliste Reinickendorf

*»den Hochschulen selbst die Möglichkeit einräumen, nach oben begrenzte Studienentgelte (max. 600 Euro) zu erheben. Die Studiengebühren sollen ausschließlich den Hochschulen zu Gute kommen [...] Öffentliche Zuschüsse sollen in diesem Zuge aber nicht gekürzt werden. [...] Stipendien- und Darlehensmodellen [sollen] helfen, praktisch jedem ein Studium zu ermöglichen. [...] für ein Bildungsgutscheinsystem zwischen den Bundesländern«<sup>12</sup>*

## Noch vier weitere aus anderen Bezirken:

### Dirk Behrendt (Grüne)



Friedrichshain  
Kreuzberg WK 2  
»Studiengebühren für das  
Erststudium werden - auch  
als nachgelagerte Gebüh-  
ren – abgelehnt [...] Wenn  
alle anderen Bundesländer  
Studiengebühren einfüh-  
ren und das Bunderverfas-

sungsgericht [...] weitere »Spar«anstrengungen  
[...] sowie eine Absenkung Berliner Standards  
auf bundesdeutschen Durchschnitt fordert,  
wird ein Absehen von Studiengebühren nur sehr  
schwer durchzuhalten sein.«<sup>16</sup>

### Peter-Rudolf Zotl (Die Linke)



Lichtenberg WK 2  
»die Linkspartei.PDS lehnt  
Studiengebühren ab, [...] Das ist unumstrittener  
Standpunkt meiner Par-  
tei, und um dessen Durch-  
setzung werden wir ringen,  
besonders wenn es zur Fort-  
setzung von Rot-Rot nach

dem 17. September käme. [...] Sollte die Situation  
kommen, dass Berlin von außen unter starken  
Druck gerät, ebenfalls Studiengebühren einzu-  
führen, werde ich dafür eintreten, das Studien-  
kontenmodell zu nutzen.«<sup>17</sup>

### Cornelia Seibeld (CDU)



Steglitz-Zehlendorf WK 4  
»für Studiengebühren [...] [allerdings macht] die Er-  
hebung von Studiengebüh-  
ren nur eingebettet in ein  
Gesamtkonzept Sinn [...].  
[Für] Studierende aus fi-  
nanziell nicht gut gestell-  
ten Familien [...] beispiele-

weise durch entsprechende zinslose Darlehen. [...] ein Betrag von 500,00 Euro pro Semester [wird] durch den mit der Erhebung von Studiengebüh-  
ren verbundenen zusätzlichen Verwaltungsauf-  
wand komplett aufgebraucht [...] Weitere Vor-  
aussetzung ist, daß die Mittel der Hochschulen  
im Berliner Haushalt im Falle von Studienge-  
bühren nicht um eben den Betrag der zusätzli-  
chen Einnahme gekürzt werden [...] Verlangt  
man den Studierenden jedoch einen finanziellen  
Eigenbeitrag ab, müssen diese im Umkehrschluß  
selbstverständlich die Möglichkeit haben Einfluß  
zu nehmen.«<sup>18</sup>

### Wolfgang Brauer (Die Linke)



Marzahn-Hellersdorf  
WK 4 »Studiengebühren  
lehne ich sehr  
grundsätzlich ab - das  
ist auch die deutliche  
Mehrheitsposition  
meiner Partei und  
die wird sich auch  
nicht ändern.«<sup>19</sup>

Vielerlei sagen die Damen und Herren Abgeord-  
netInnen. Man sollte genau hingucken und sich  
nicht aufs Glatteis führen lassen. Studienkonten  
sind da auch nicht viel besser als Studiengebüh-  
ren vom ersten Semester an, im Gegenteil, damit  
wird die Universität erst recht zum Supermarkt.

Auch wenn die vorgeschlagenen Systeme z.T.  
quasi keine Kosten für die Studierenden verursa-  
chen, heißt das eigentlich nur: das kann man auch  
wieder ändern! Cornelia Seibeld zitiert Herrn  
Prof. Lenzen (auch bekannt als Präsident der FU)  
sinngemäß, dass 500 Euro pro Semester gerade

mal die Verwaltungskosten decken würden. Und so wie man die Sätze für »Hartz IV« oder die Rente rauf und wieder runter setzen kann, so ist das auch bei Studiengebühren und –konten möglich. In der Not geht bekanntlich alles – sogar Fliegen essen...

Also lasst den Dammbbruch gar nicht erst zu! Die Abschaffung von Studiengebühren und der Ausbau der Universitäten sind gerade mal zwei, drei Jahrzehnte her. Nun sollen die Schotten schon wieder dicht gemacht werden?

Abschließend möchte ich nur noch auf ein interessantes Argument hinweisen, dass mir erst im Laufe der Recherche in seiner Sinnlosigkeit aufgefallen ist. Es ist das Argument, dass man ja bisher als Student keinen Einfluss hat, diesen mit Studiengebühren aber einfordern dürfte.

Warum kann man uns nicht schon jetzt mehr Einfluss an den Unis gewähren? Modelle wie die Viertelparität oder Kreuzwahlen sind bekannt und z.T. bereits ausprobiert worden. Aber weil die Professorinnen und Professoren ja in »Forschungsfragen« immer die Mehrheit im entscheidenden Gremium stellen müssen, wird dies auf alle möglichen Gremien angewendet. Was würde sich da schon durch Studiengebühren ändern? Die Professorinnen und Professoren hätten lediglich mehr Geld zu verteilen – mehr Einfluss hätten wir dabei nicht. Seit wann muss man für Einfluss vorher bezahlen – mal abgesehen vom Lobbyismus? Vielleicht sollten wir auf das Wählen auch Gebühren erheben. »Wahlgutscheine«, das wär' doch was – Wahlen kosten ja schließlich auch eine Menge Geld!

## ■ Endnoten

1 Die Bilder der Abgeordneten sind von der Homepage des Abgeordnetenhauses ([www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de)), also: Bildquelle: Abgeordnetenhaus von Berlin. Die Zitate sind allesamt [www.kandidatenwatch.de](http://www.kandidatenwatch.de) entnommen. Die genaue Quelle ist jeweils in den Endnoten genannt.

2 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8433&fragen=p399#frage35137>

3 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8433&fragen=p399#frage35300>

4 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8481&fragen=p399#frage42312>

5 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8789&fragen=p399#frage35139>

6 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8789&fragen=p399#frage35689>

7 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8789&fragen=p399#frage35909>

8 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8523&fragen=p399#frage38707>

9 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8451&fragen=p399#frage39010>

10 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8616&fragen=p399#frage35387>

11 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8423&fragen=p399#frage44091>

12 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8656&fragen=p399#frage35324>

13 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8619&fragen=p399#frage35502>

14 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8449&fragen=p399#frage43363>

15 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8449&fragen=p399#frage35503>

16 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8508&fragen=p399#frage41309>

17 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8729&fragen=p399#frage36921>

18 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8775&fragen=p399#frage36604>

19 <http://www.kandidatenwatch.de/index.php?cmd=323&id=8721&fragen=p399#frage35047>

# Eine Legende geht

Nachruf auf Prof. Gerburg Treusch-Dieter.

von georg klauda



Am 19. November 2006 verstarb eine der letzten linken Kultfiguren am Institut für Soziologie, die Kulturwissenschaftlerin Prof. Gerburg Treusch-Dieter. In ihren legendären Blockseminaren, die sie an der Freien Universität und der

Universität der Künste Berlin sowie an der Universität und der Akademie der bildenden Künste Wien abhielt, lehrte sie ihre Student\_innen etwas, das im heutigen Lehrbetrieb kaum noch im Angebot ist: freies Denken.

Sie ließ sich die Themen, die sie unterrichtete, nicht von der Tradition vorgeben, sondern entwickelte eine Soziologie der Gegenwart, die sie stets auch zu den Mythen der Vergangenheit zurückführte: Das technologische Phantasma der künstlichen Reproduktion und die Figur Ellen Ripleys im Kinohit *Alien III* brachte sie in ihrem wilden Denken, das methodisch freilich alles andere als willkürlich war, mit dem katholischen Dogma der Jungfrauengeburt und der Zeugungstheorie des Aristoteles zusammen.

Am Ende ihrer ausgiebigen Stegreif-Exkurse, mit denen sie die Referate ihrer Studierenden immer wieder auf ein ungeahntes theoretisches Niveau hob, stand vielen ihrer Zuhörer\_innen vor Begeisterung der Mund offen. Das lag auch an der ungewohnt professionellen Art ihres Vortrags, denn in ihrem ersten Beruf war Gerburg ordentliche Schauspielerin mit Ausbildung an der Max-Reinhard-Schule in Berlin. Ab 1960 stand sie zehn Jahre lang auf der Bühne des Staatstheaters Hannovers, bis sie sich dazu entschied, mit ihrem »Unbehagen« an der Frauenrolle anders umzugehen« und über ein Studium der Soziologie, Psychologie und Literaturwissenschaft in Hannover eine zweite Karriere einzuschlagen.

1985 promovierte sie bei Oskar Negt mit dem Thema *Die Spindel der Notwendigkeit. Zur Geschichte eines Paradigmas weiblicher Produktivität*, das sich der Frage widmete, wie »den Frauen der Faden aus der Hand genommen wurde«. Ihre Habilitation *Von der sexuellen Rebellion zur Gen- und Reproduktionstechnologie* von 1990 konfrontierte die bundesdeutsche Frauenbewegung schließlich mit dem Denken des französischen Poststrukturalisten Michel Foucault. Unter anderem warf sie die Frage auf, ob sich der Feminismus mit seiner hegemonialen Strategie der sexuellen Befreiung nicht am Ende als Türöffnerin des bürgerlichen Staates erweise: Durch ihre symbolische Aufkündigung der »Mutterrolle« hätten sich die Frauen ihrer wichtigsten Machtposition entledigt und leisteten nun durch Inanspruchnahme der neuen Gen- und Reproduktionstechnologien den in der modernen Bevölkerungspolitik eingelassenen eugenischen Utopien neuen Vorschub.

In ihrer letzten, 1997 erschienenen Monographie *Die Heilige Hochzeit. Studien zur Totenbraut*, die 2001 noch einmal neu aufgelegt wurde, forschte sie der antiken Genealogie des androzentrischen Geschlechterverhältnisses nach, das sie, ähnlich wie den Monotheismus, als historisch gewordene und durch symbolische Mythen reproduzierte »kulturelle Technik« begriff, deren Grundstruktur sich bis in die Gegenwart erstreckte.

Doch Gerburg ließ sich nicht auf »Frauenthemmen« vereidigen. Ob als Mitherausgeberin der linken Wochenzeitung *Freitag* und der Vierteljahresschrift *Ästhetik & Kommunikation* oder als Anklägerin im »Foucault-Tribunal zur Lage der Psychiatrie«: stets verband sie ihre akademischen Denkbewegungen, die an Foucault und Freud geschult waren, mit politischen Interventionen in die herrschenden Machtfelder. Sie widmete ihre Aufmerksamkeit Hartz IV und

der »Zukunft der Nichtarbeit« ebenso sehr wie dem »Krieg gegen den Terror« und dem neu erwachten Rassismus gegenüber Muslimen. In ihren Seminaren zerpfückte sie pseudo-soziologische Termini wie den der »Parallelgesellschaft« und sah in dem von konservativen Politikern ausgerufenen »Scheitern von Multikulti« nicht weniger als einen Aufruf zum Pogrom. Neue Überwachungs- und Identifizierungstechnologien wie die Rasterfahndung und den biometrischen Personalausweis untersuchte sie anhand des Foucaultschen »Panoptismus«-Begriffs und stellte dabei auch Bezüge zum daten- und sicherheitstechnologischen Umbau des Universitätssystems her. Ihr Repertoire kannte einfach keine Grenzen.

Einen Lehrstuhl bekam die außerordentliche Professorin indes nie. Ihr Denken war für die herrschende Wissenschaftslandschaft zu unangepasst und gefährlich, doch genau das war es, was die Student\_innen an ihr reizte. »Ohne Gerburg hätte ich mein Studium schon längst hingeschmissen«, sagte mir eine Freundin kürzlich, und ich denke, das ist das schönste Kompliment, das ein\_e Dozent\_in sich wünschen kann. Gerburg Treusch-Dieter, die mit 67 Jahren, für ihre Studierenden völlig unerwartet, an Krebs starb, wird vielen von uns – und darunter auch mir – bitter fehlen.



# > SHORT NEWS

## ■ Änderung der Regelstudienzeit für Psychologie (Diplom)

---

Die Regelstudienzeit für den Diplomstudiengang Psychologie wird vom BAföG-Amt ab sofort mit 10 statt den bisherigen 9 Semestern gewertet. In der Studienordnung war bisher ein zusätzliches Praxissemester vorgesehen, welches nach dem 7. oder 8. Semester eingeschoben werden soll, das explizit nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden dürfe. Auf Nachfrage der Fachschaft Psychologie beim Studentenwerk Berlin, ob dies rechtmäßig sei, kam heraus, dass die Regelstudienzeit laut dem Berliner Hochschulrahmengesetz eine dem Studiengang eingeordnete berufspraktische Tätigkeit, praktische Studiensemester und Prüfungszeiten einschließen muss. Die Förderungshöchstdauer für den Studiengang beträgt somit nun 10 Semester.

## ■ Geizkragen-Mensa

---

Vielen ist es in letzter Zeit schon passiert: Nach dem Seminarschluss 13.45 Uhr ist in der Mensa unter den Beschäftigten große Panik, man versucht aus den Resten (des Vortages?) noch einige Essenportionen zu improvisieren. Das Bio-Essen ist schon lange aus. Lange Schlangen bilden sich vor den letzten beiden geöffneten Theken. Man hat die Wahl zwischen Gummiadler und Frühlingsrolle mit fragwürdigen Inhalt. Aus Angst vor Gewinnschmälerungen wird offensichtlich viel zu knapp kalkuliert. Das eigentlich vorgesehene Essen kann so gut sein, wie es will, wenn man nichts davon bekommt ist das schlecht! Wenn euch das auch nervt, schreibt einen Kommentar unter:

<http://www.studentenwerk-berlin.de/mensen/index.html>

## ■ Neue Semtixverhandlungen

---

Es ist wieder an der Zeit: Für das nächste Frühjahr stehen die Verhandlungen mit dem VBB für das Semesterticket ab Sommersemester 2008 an. Bittet sendet eure Vorschläge für Vertragsbedingungen, Streckenverläufe, Fahrtzeiten für Bus und Bahn, kurz, alles was wir in Eurem Interesse in die Verhandlungen einbringen können an:

[semtix@astafu.de](mailto:semtix@astafu.de)

Studenten gespeichert. Dazu zählen Adressdaten, Visuminformationen, **Informationen zu Bezugspersonen** oder zum Studentenkonto des betreffenden Studenten. Sie können individuelle Notizen hinzufügen, Sperrvermerke setzen oder löschen und sämtliche Statusinformationen prüfen. Die Studentenakte bietet Zugang zur akademischen Laufbahn des Studenten, zu den aktuellen Kursbelegungen und zum Studienfortschritt.

**SAP Lösung im Detail** Der Zugriff  
**SAP for Higher Education & Research** auf diese Daten ist selbstverständlich durch Berechtigungen geschützt. **Darüber hinaus gibt es Warnmeldungen, die auf die Vertraulichkeit der Daten hinweisen.**

#### Online-Kontoauszüge und -Überweisungen

– Den Stand ihres Studentenkontos können die Studenten jederzeit online abrufen. Mit SAP Biller Direct können sie offene Posten **direkt online bezahlen** oder mit Hilfe der Barkassenfunktionen persönlich im Studentensekretariat. SAP Biller Direct und die Barkassenfunktionen unterstützen die Kartenzahlung und sind vollständig mit dem Forderungssystem integriert.

## SAP® CAMPUS MANAGEMENT

#### Forderungen und Fakturierung

– Die Anwendung bietet eine besonders flexible Gebührenberechnung einschließlich Rückzahlungen, Fälligkeitsdaten und Kontierungen für das Controlling und Haushaltsmanagement. So können Sie den gesamten Einnahmenfluss Ihrer Bildungseinrichtung überwachen. SAP Campus Management enthält die Funktionen des Moduls SAP FI-CA, einer Komponente zur Verwaltung einer großen Anzahl von Debitoren und Kreditoren, die eine hohe Systemintegration bietet. FI-CA wird bereits seit langem von zahlreichen SAP-Kunden verschiedenster Branchen verwendet. Die leistungsstarken Funktionen unterstützen die vollständige Abwicklung von Forderungen einschließlich Fakturierung, Zahlungen, Verrechnung, **Mahnwesen**. Große Datenmengen werden problemlos verarbeitet. Darüber hinaus umfassen die Funktionen die elektronische Überweisung, ACH-Bearbeitung, **Forderrungsabgabe an Inkassobüros** und Barkasse.

#### Studienbeihilfe

– Belastungen und Guthaben der Studentenkonten werden komplett von SAP Campus Management verwaltet. Die Anwendung unterstützt Studienbeihilfe-Auszahlungen einschließlich Darlehen und Sponsorschaf durch Dritte. Übersteigt die finanzielle Unterstützung die Höhe der Studiengebühren, kann die Differenz automatisch auf das Bankkonto des Studenten überwiesen werden oder in Form eines Schecks ausgezahlt werden. Auf Wunsch des Sponsors kann SAP Campus Management auch eine Rechnung ausstellen, in der alle Studenten aufgelistet sind, die er finanziell unterstützt hat. SAP Campus Management lässt sich nahtlos in die Prozesse externer Studienbeihilfemodule integrieren. Zu diesen Prozessen zählen zum Beispiel die Bearbeitung von Anträgen und die Entscheidungsfindung in Bezug auf die Auszahlung.«

#### »Einschreibung und Immatrikulation

– SAP hat rund um den Globus Ideen und Prozesse gesammelt und mit Hilfe dieser Informationen ein hochflexibles und zukunftsweisendes Einschreibungs- und Immatrikulationssystem entwickelt. Der Studierende kann sich für einen Studiengang oder einzelne Kurse einschreiben. Somit erhält er den Studentenstatus »aktiv« für das entsprechende akademische Jahr oder das jeweilige Semester. **Zahlt ein Student seine Studiengebühren nicht rechtzeitig, kann ein Verzugssperrvermerk gesetzt werden.** Internetgestützte bevorrechtigte Einschreibungen können durch »Zeitfenster« unterstützt werden, die im akademischen Kalender definiert sind. Solche Zeitfenster können eingesetzt werden, um die Arbeitslast zu verteilen, die System-Performance während der Einschreibungsperiode zu sichern, oder um ausgewählte Studenten zu bevorzugen, wenn die Teilnehmerzahl einer Veranstaltung begrenzt ist. Bei der Einschreibung können mehrere Sitzungen gleichzeitig geöffnet werden. Während des Einschreibungsvorgangs prüft das System automatisch folgende Faktoren: zeitliche Überschneidungen im Stundenplan des Studenten, Voraussetzungen und Kombinationsbedingungen, benutzerdefinierte Einschreibungsregeln, Kapazitätsbeschränkungen bei Veranstaltungen, Sperrvermerke usw. Erfahrenen Angestellten kann die Berechtigung zum Überschreiben bestimmter Regeln erteilt werden, sofern dies notwendig sein sollte. Wenn ein Kurs, der als Voraussetzung für einen Folgekurs gilt, nicht abgeschlossen wurde, bucht das System den Studenten für den Folgekurs mit Vorbehalt ein. Darüber hinaus unterstützt SAP Campus Management auch Prozesse wie Beurlaubung, Studien-gangwechsel, Exmatrikulation auf Antrag und **Zwangsexmatrikulation**.

#### Studentenakte

– Die Studentenakte dient der Verwaltung aller studentenspezifischen Daten und Prozesse. Sie ist der zentrale Speicher für die wichtigsten Daten und der Ausgangspunkt für alle studentenbezogenen Prozesse. Die Studentenakte ist äußerst flexibel und kann an die Bedürfnisse des Anwenders angepasst werden. In der Studentenakte werden die persönlichen Daten eines



# Die Freie Universität – *Keine Elite?!*

von amelie kostar

**W**er sich an der FU im Trubel der Exzellenzinitiative bereits darauf freute, bald endlich zur Elite zu gehören, wurde am 13. Oktober 2006 bitter enttäuscht. Dieter Lenzens Lieblingskonzept der Clusterbildung zur »International Network University« war für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und den Wissenschaftsrat einfach nicht elitär genug. In den Genuss der jährlichen Zuschüsse von 21 Millionen Euro für die besten »Zukunftskonzepte universitärer Spitzenforschung« werden – zumindest nach der ersten Ausschreibungsrunde der Exzellenzinitiative – lediglich die Universität München, die Technische Universität München und die Universität Karlsruhe kommen.

Lenzen nahm es gelassen und freute sich in einer Pressemitteilung darüber, dass immerhin das John F. Kennedy-Institut Elite wird, denn die »Graduate School of North American Studies« ist in das Förderprogramm aufgenommen, genauso das von HU, TU und FU gemeinsam getragene Projekt der »Berlin Mathematical School«.

Aber auch wer sich jetzt am John F. Kennedy-Institut auf bessere Lehrbedingungen freut, muss enttäuscht werden. Erst einmal handelt es sich bei der Förderung um lediglich eine Millionen Euro im Jahr, was angesichts der enormen Kürzungen für Bildungsausgaben in den vergan-

genen Jahren schon fast zynisch wirkt. Hinzu kommt, dass dieses Geld lediglich der kleinen Gruppe von Doktorandinnen und Doktoranden der Graduate School zugute kommt, um über die bestmögliche Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses dem Ziel der Exzellenzinitiative ein Stückchen näher zu kommen: »den Wissenschaftsstandort Deutschland zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen«. Die Lehre darf also keinen Cent von der Förderung sehen, in der Forschung lediglich die »Spitze« und jene Wissenschaft, welche den Standort Deutschland stärkt.

Auf die sozialen Folgen dieser Wissenschaftsauffassung hat vor allem der Soziologe Michael Hartmann sehr deutlich aufmerksam gemacht. Seiner Meinung nach wird die Etablierung einiger weniger Elite-Universitäten zu einer radikalen Veränderung der deutschen Hochschullandschaft führen, welche die soziale Selektion erheblich verstärken wird. Diese Veränderung ist vor allem durch eine Trennung von elitären Forschungsuniversitäten und Hochschulen zur Ausbildung der Massen geprägt. Die Exzellenzinitiative trägt hierzu durch die starke Konzentration der erfolgreichen Anträge auf wenige Universitäten bei, tatsächlich konnten in der ersten Runde lediglich 18 Universitäten ihre Anträge durch-

bringen, davon konzentrieren sich allein auf die Uni München fünf, vier auf die TU München und drei auf die Uni Karlsruhe.

Die Umsetzung der drohenden Aufteilung in Ausbildungs- und Forschungsuniversitäten

schulen mit wenigen finanziellen Mitteln möglichst schnell ausbilden zu können. Mit einer starken Zugangsbeschränkung für den Master wird die Elitisierung auch in der Lehre gesichert.

Vor allem die Einführung allgemeiner Studi-



wird von anderen hochschulpolitischen Maßnahmen begleitet. Die flächendeckende Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse als Ersatz für die alten Diplom- und Magisterstudiengänge sind eine Voraussetzung dafür, die Masse der Studierenden an den »herkömmlichen« Hoch-

engebühren für das Erststudium und für Masterstudiengänge wird diese Spaltung der Hochschullandschaft jedoch wesentlich radikaler vorantreiben. Die von den meisten Bundesländern beschlossene Erhebung von 500 Euro sind nicht verbindlich, die Etablierung der Eliteu-

universitäten wird vermutlich mit der Möglichkeit einhergehen, die Summe der Gebühren je nach Hochschule variabel zu gestalten, wie dies in NRW bereits der Fall ist. Die so genannten »Leuchttürme der Wissenschaft« werden es sich aufgrund ihres Prestiges leisten können, die Studiengebühren in die Höhe schießen zu lassen. So wird die Erhebung von Studiengebühren erheblich zur Zementierung der universitären Klassenunterschiede beitragen: Wer hat, der darf sich nehmen.

Die soziale Selektion wird noch weiter vorangetrieben, wenn sich die Leuchtturm-Idee in der Diskussion über eine langfristige Aufhebung der Kapazitätsordnung durchsetzt. Diese schreibt eine bestimmte Anzahl Studierender pro Professur vor, um der willkürlichen Reduzierung von Studienplätzen einen Riegel vorzuschieben. Genau deshalb sind sie den Verfechterinnen und Verfechtern der Exzellenzinitiative jedoch ein Dorn im Auge, denn um universitäre Spitzenforschung leisten zu können, müssen sich die Eliteuniversitäten natürlich auch die Elite unter den Studierenden aussuchen können, aus denen sie ihre Spitzenforscherinnen und -forscher rekrutieren. Verschärfte Aufnahmekriterien, Zu-

gangstests und womöglich Auswahlgespräche sind denkbar.

Die beschriebenen Veränderungen in der Hochschullandschaft werden auch nicht ohne inhaltliche Folgen für Lehre und Forschung bleiben. Die ohnehin bereits vorhandene starke Ausrichtung auf ökonomische Verwertbarkeit von Wissenschaft wird noch einmal zunehmen. Bereits im Wettbewerb wurde die Leistung der universitären Forschungsbereiche anhand messbarer Kriterien wie der Anzahl von angemeldeten Patenten und die Drittmiteinnahmen bewertet. Und angesichts der Tatsache, dass die Förderdauer der Exzellenzinitiative zeitlich begrenzt ist, sind die geförderten Forschungsbereiche stark auf wirtschaftliche Verwertbarkeit und Drittmiteinnahmen angewiesen. Beispielsweise die Geisteswissenschaften oder vor allem kritische Ansätze sind also einmal mehr die Verlierer hochschulpolitischer Umstrukturierungen.

Über das Scheitern der FU bei der Exzellenzinitiative sollten also nur jene Studierenden enttäuscht sein, die einen passenden sozialen Hintergrund und viel Geld sowie einen unkritischen Wissenschaftsanspruch aufweisen können, die jetzige und die zukünftige Elite.

Welchen Platz die FU in der neuen Hoch-

schullandschaft zwischen Elite und Masse tatsächlich einnehmen wird, ist jedoch noch nicht entschieden. Lenzen's Traum, mit dem Zukunftskonzept der »International Network University« zur Elite gehören zu dürfen, ist nach der ersten Absage noch nicht ausgeträumt. Obwohl der Antrag abgelehnt wurde, erhielt er laut Lenzen zunächst positive Bewertungen, weshalb dieser nun »alle Kraft in die Anträge der zweiten Staffel« setzen will.



# stop\_control!

von david gutzmann

»Kontrolle, die; -, -n ←franz.→ Überprüfung, durch die festgestellt werden soll, ob etw. in Ordnung, richtig durchgeführt ist; ständige Aufsicht, Überwachung: die K. über etw., jmdn. haben, ausüben; etw. unter K. (be)halten, haben;«

DWDS [6]

**K**ontrolle im universitären Alltag tritt in unterschiedlichsten Formen und Ausprägungen auf. Ob Anwesenheitskontrolle, Videoüberwachung, elektronische MensaCard, Blackboard oder Campus Management, bei all diesen Verfahren fallen Unmengen von Daten und Informationen über Studierende [1] an.

1983 hat das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil, dem so genannten Volkszählungsurteil, ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert. Demnach hat mensch das Recht, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung von Daten über sich zu bestimmen. Das Gericht erkannte auch, dass wer sich nicht sicher sein kann, wer was wann bei welcher Gelegenheit über einen speichert oder weiß, möglicherweise auf die Ausübung von Grundrechten verzichten würde - sich also anders verhalten würde, als wenn das Verhalten nicht aufgezeichnet oder beobachtet werden würde. Die von den GesetzgeberInnen in der Folge des Urteils beschlossenen Datenschutzgesetze stellen Anforderungen an die Erhebung und Verarbeitung solcher personenbezogener Daten. So dürfen Daten nur erhoben werden,



wenn die Person dem explizit zugestimmt hat oder ein

Gesetz die Erhebung regelt. Zudem müssen Daten immer für einen definierten Zweck erhoben werden und dürfen nur für diesen verarbeitet werden. Auch die Löschung der Daten nach Entfallen des Zweckes ist in den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen geregelt.

Ein wichtiger Grundsatz bei der Erhebung der Daten ist zudem die Datensparsamkeit, d.h. es dürfen nur so viele Daten gesammelt werden, wie für den jeweiligen Zweck unbedingt notwendig sind.

Wo früher personenbezogene Daten über Studierende vor allem in Karteikästen und Hängerregistraturen gelagert wurden, sind sie heute oftmals in elektronischer Form gespeichert. Dadurch ergeben sich völlig neue Möglichkeiten der »Verarbeitung« - so wird eine zeitnahe Auswertung nach fast beliebigen Kriterien möglich.

Wer war wann in welcher Veranstaltung, wer ist wann in welchem Gebäude gewesen und hat sich dort wo wie lange aufgehalten, welches Essen wurde wann mit welcher MensaCard bezahlt, wer hat wann wo welche Bücher ausgeliehen, welche Klausuren wurden von wem mit welchem Ergebnis geschrieben, welche Scheine für wen mit welcher Note ausgestellt, wer hat wann welche Dokumente ausgedruckt, wann an wen welche Emails geschrieben, wann welche Seite angesurft, wer war wie oft auf welcher Blackboard-Seite und hat sich wie oft welche Dokumente angesehen, ...

Alle diese Fragen sind im Prinzip beantwortbar. Wer jedoch tatsächlich welche Frage wie detailliert beantworten kann, scheint unklar.

Manche Fragen – wie z.B., wer hat sich wie oft welche Dokumente angeschaut – dürfen gar nicht beantwortbar sein, d.h., die zur Beantwortung der Fragen notwendigen Daten dürfen gar

nicht erst erhoben werden. Andere Fragen dürfen nur von bestimmten Personen beantwortbar sein, d.h., der Zugang zu Daten von Studierenden muss besonders geschützt sein. Dass dies mitunter nicht immer der Fall ist, zeigen verschiedenste Vorfälle in der Vergangenheit. So werden zum Beispiel nach Klausuren immer wieder Listen ausgehängt, aus denen hervorgeht, wer welche Note erreicht hat. Damit ist die Frage nach Klausurergebnissen von Studierenden teilweise durchaus auch von anderen Studierenden beantwortbar. Ein anderes Beispiel für die mangelnde Beachtung des Datenschutzes flatterte den Studierenden im Februar 2006 in die elektronischen Postfächer. MitarbeiterInnen der Studierendenverwaltung hatten eine Massenmail versandt, ohne die übrigen EmpfängerInnen unkenntlich zu machen, so dass viele Studierende jetzt über tausende Emailadressen von anderen Studierenden verfügen. Auch hat die FU jahrelang in einigen Studiengängen Lichtbilder von Studierenden gefordert. Wozu die Hochschule Lichtbilder von Studierenden brauchte, blieb ihr Geheimnis. Eingestellt hat sie diese Praxis jedoch nur nach Druck von Studierenden. Dass bei IT-Großprojekten an der FU – so etwa bei Campus Management oder dem Vorgängerprojekt HISPOS [2] – Transparenz im Umgang mit den Daten der Studierenden nicht immer im Vordergrund stand, lässt



befürchten, dass dies bei zukünftig anstehenden Projekten nicht anders sein wird.

Momentan wird an einem zentralen Studierenden-Portal [3] gearbeitet, über das Studierenden »ein zentraler Zugang zu allen relevanten Services und Informationen rund um das Studium« ermöglicht werden soll. Über dieses Portal soll der Zugriff auf Informationen und Services von Zedat, Studierendenverwaltung, eLearning und Bibliotheken möglich sein. Auf der Projekt-Webseite wird der damit mögliche »einfache und schnelle Zugriff auf persönliche Verwaltungsdaten« gepriesen. Studierende müssen von der Hochschule erwarten können, dass die gesetzlichen Anforderungen an ein solches Softwaresystem hinsichtlich des Datenschutzes und der Datensicherheit voll erfüllt werden. Dass sie aber in Sachen Datenschutz an der FU besonders genau hinschauen sollten, wird nicht zuletzt dann klar, wenn mensch sich anschaut, welches Verhältnis die Verwaltung der FU zum Datenschutz zu haben scheint.

Die behördliche Datenschutzbeauftragte der FU, Frau Pahlen-Brandt, gibt in regelmäßigen Abständen so genannte Datenschutzrechtliche Empfehlungen heraus. Dort behandelt sie

konkrete Datenschutzprobleme und beschreibt den korrekten Umgang mit personenbezogenen Daten. So hat sie zum Beispiel eine Empfehlung zum Umgang mit Aushängen von Klausurergebnissen verfasst, welche aus studentischer Sicht vorbildlich ist. In datenschutzrechtlichen Angelegenheiten unterliegt sie als Datenschutzbeauftragte keinen Weisungen der Verwaltung. Dennoch stellte das Rechtsamt der FU in einem Schreiben [4] fest, dass es sich lediglich um »Hinweise der Datenschutzbeauftragten« handle, welche »in der Regel« nicht mit der Dienstbehörde abgestimmt seien. Wer sich so von der eigenen Datenschutzbeauftragten distanziert, kann nicht ernsthaft behaupten, dass Datenschutz ein wichtiges Anliegen sei.

Was passieren kann, wenn Datensicherheit und Datenschutz nicht genügend Beachtung finden, mussten auch viele Studierende der FU in den letzten Wochen erleben. Wer bei »StudiVZ« persönliche Daten hinterlegte, konnte sich nicht sicher sein, wer alles auf die Daten zugreifen kann [5]. Bleibt zu hoffen, dass Studierende nunmehr erkennen, dass Datenschutz keine hohle Phrase sein darf – sondern ein Grundrecht ist, welches leider immer wieder aktiv eingefordert werden muss!

### Datenvermeidung selbst gemacht

*Dass Daten, die nicht erhoben werden auch nicht verarbeitet werden können, haben Studierende immer wieder erkannt.*

*Dozentinnen wurden überzeugt Anwesenheitslisten nicht zu führen. Oder die Listen verschwanden gleich ganz.*

*Die »ListenClowns«, mit ihren kreativen und bunten Aktionen, haben gezeigt, dass Studierende der Datensammlungswut nicht immer hilflos gegenüber stehen müssen.*

*[watch out for flyer]*

### ■ Endnoten

1 MitarbeiterInnen sind in ähnlicher Weise betroffen. Die gesetzlich verankerten Mitbestimmungsrechte eröffnen den Personalräten aber wesentlich weitreichendere Möglichkeiten die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu kontrollieren und zu beeinflussen.

2 Out of Dahlem; Nr 4 - Sommer 2005; Nicht aus dem Takt geraten - Ein kritischer Bericht zur Einführung von Campus Management.

3 Die Homepage des Projektes ist zu finden unter: <http://www.fuel.fu-berlin.de/fuel-projekt/studierendenportal.html>.

4 Schreiben des Rechtsamtes der FU vom 14.07.2005; Empfänger waren die Dekanate und Leiter der Zentraleinstitute, sowie der Direktor der UB.

5 siehe Pressemitteilung des AstA FU vom 29.11.2006 und die ausführliche Berichterstattung in der Presse.

6 Das Digitales Wörterbuch der Deutschen Sprache des 20. Jh.; <http://www.dwds.de>.

# Unsere kleine Fabrik

Ein kurzer Einblick in das Unternehmen:  
»Freie Universität Berlin«

von pingu brodowski und björn grau

**S**tolz verkündete die FU Berlin in ihrer Pressemitteilung vom 22.11.2006, dass sie zur »unternehmerischsten Hochschule Deutschlands« gewählt worden ist. Und so, wie sich das Herrchen immer mehr dem Hund angleicht, so gleicht sich das größte Gebäude der Uni, die Rostlaube, immer mehr dem herrschenden Effizienzgeist an.

Diesen Sommer bekam der Eingang Habelschwerdter Allee ein neues Gesicht. Bäume wurden gerodet, Grünflächen verschwanden. Alles, was den Geist anregt und ablenkt von der Effektivität, wurde niedergemacht. Es ist ein großer offener Vorplatz entstanden, der zeitgemäß funktional und befahrbar ist. Ein paar verstümmelte Baumstämme peppen den großen grauen

Hof als Sitzgelegenheiten auf. Hier können LKWs vorfahren, um Rohstoffe abzuladen. Die Laderampe ist da.

Wir gehen den Weg des Rohstoffs »Studierende« mit in die Rostlaube: Die wurde schon in den 60ern funktional geplant mit ihren rechtwinklig verlaufenden Straßen und Gängen. Doch im Laufe der Zeit hatten Graffiti und allerlei wilde Anschläge dem Gebäude einen morbiden persönlichen Charme gegeben. Doch wozu noch Individualität? Persönlich aufgehängte Plakate und Informationen werden vom Hausdienst konsequent entfernt. Selbst anspruchsvolle Kunstdrucke an den Türen der Mitarbeiterbüros kamen auf den Opferaltar der Corporate Identity. Die erlaubte Farbe heißt jetzt Werbung. An

den Wänden verkünden Plakate die Wohltaten der Warenwelt. Auf den Gängen werden Poster, Zeitungen und kommerzieller Schnickschnack feilgeboten und behindern die Studierenden auf dem Weg in ihre Seminare. Doch weit und breit kein Bildungsmessias, der die Händler aus dem Tempel jagt. Wahrscheinlich hat der einen Nebenjob und



nagelt Plakate zahlungskräftiger Werbekunden an die outgesourceten Universitätswände. Bald werden wir Bücher lesen von Hannah Berendzen, Michelin Foucault und Jürgen Haber-Mars. Die dürfen wir in der zur Bertelsmann-Arena umgetauften Bibliothek kostengünstig einsehen.

Wir gehen weiter: Vom Industrievorplatz in die Werkstraßen gespült, treffen wir auf die, die in dieser Fabrik geformt werden: Die Bachelor-Studierenden. Sie studieren an vorgeplanten Modulen, die dann zusammengesetzt werden müssen zu einem Modulpaket. Dafür werden Leistungspunkte vergolten. Im Rahmen der Globalisierung sollten Module kompatibel sein mit den Modulen anderer Wissensfabriken. Vor allem mit denen des anglo-amerikanischen Marktführers. Gewiefte Produktdesigner haben berechnet, dass es zum Erreichen der vollständigen Modulanzahl circa drei Jahre braucht. Vorausgesetzt, die Studierenden nehmen höchstens 10 Tage Urlaub pro Jahr.

So die Theorie. Aber wo bleibt die Realität? Die FU will bei minimalen Kosten optimale Qualität erreichen. Das geht aber nur bei Just-in-time-Produktion und gleichzeitiger Qualitätskontrolle. Deshalb wird die Arbeitszeit der Studierenden per »Managementsystem« gelenkt. Im vergangenen Sommer wurde der »Workload« der Bachelors ermittelt, damit es 2007 zur Prozessoptimierung kommen kann.

Nur der Kuppelfetischist Lord Norman Foster stört unfreiwillig den effektiven Produktionsablauf. Er schuf mit viel Humor das »Berlin Brain«: die lauteste Bibliothek der Welt. Hier knarzen die Scharniere der Lüftungsanlage lauter als die Produktionsroboter am Band moderner Fertigungsstraßen.

Solche kleinen Macken im Bild des Bildungskonzerns sind aber nicht weiter schlimm. Wichtiger ist, dass die FU in einer langen unternehmerischen Tradition steht. Das Audimax beispielsweise trägt den Namen des Amerikaners Henry Ford, dem Erfinder der Fließbandproduktion und der billigen Endprodukte. Und dafür bekam er das »Großkreuz des Deutschen Adlerordens« verliehen, die höchste Auszeichnung,



die Nichtdeutsche von den Nazis bekommen konnten. Der Orden kam mit einem persönlichen Glückwunschsreiben des Führers. Schon vor 1920 hatte Henry antisemitisch herumgehetzt und 1938 trug er mit einer LKW-Eil-Lieferung entscheidend zum deutschen Einmarsch ins Sudetenland bei. Henry Ford, eine historische Leiche im Keller der FU, über die in bester deutscher Unternehmenstradition einfach hinweggesehen wird. Willkommen im Club!

Die Lernfabrik FU ist endlich keine Utopie mehr. Wer durch die Rostlaube geht und sich das Vokabular anhört, mit dem die Firmenprodukte beschrieben werden, spürt, dass es nicht mehr lange dauern kann, bis sich ein Risikokapitalgeber finden lässt, mit dessen Hilfe das süße Startup-Unternehmen in Dahlem bald zum höchst profitablen Global-Player werden wird. Die Unternehmensleitung will schon bald die nächste Produktoffensive starten. Im Herbst 2007 soll das Portfolio um verschiedene FU-Mastermodelle erweitert werden. Privilegierte Kunden der FU werden dann die Chance haben, ihren Bachelor durch Mastermodule upzugraden. 2007 soll dann auch das Industriesiegel »Elite« erreicht werden, das dieses Jahr nur knapp verfehlt wurde.

Wir drücken die Daumen.

# Die Konzentration im Kopf

von martin kaul

Die FU legt ihre Bibliotheken zusammen. Jüngstes Opfer: die PhilosophInnen. Statt im Institut müssen sie künftig in der neuen Bibliothek »Berlin Brain« lesen. Dabei ist das Uni-Aushängeschild oft überfüllt.

»Wir unterstützen Konzentrationsprozesse.« Das ist der entscheidende Satz, wenn es um die Zukunft der Berliner Wissenschaftslandschaft geht. Gesagt hat ihn Peter Lange. Er ist Kanzler der Freien Universität (FU). Dort steht gerade die Zukunft der Bibliotheken auf der Tagesordnung. Die Frage ist nur: Wer oder was konzentriert sich da?

Fest steht: Zahlreiche Bibliotheken werden zusammgelegt. Statt weiter an den vielen dezentralen Fachbüchereien festzuhalten, verabschiedet sich die Uni damit von ihrer traditionellen Struktur. Statt einstmals 150 Bibliotheken, vor allem an den Instituten, soll es im Rahmen einer »dezentralen Zentralisation mittlerer Ebene« langfristig nur 20 geben, sagt Ulrich Naumann, der Direktor der Uni-Bibliotheken der FU. In größeren Bibliotheken soll so Literatur thematisch zusammengeführt werden.



Exemplarisch erleben das derzeit die PhilosophInnen. Ihre Bibliothek, eigentlich das Herzstück des Instituts, soll ins Hirn: Im Keller des so genannten Berlin Brain, der hochmodernen neuen Philologischen FU-Bibliothek in der Rostlaube, ist noch Platz für diese Bestände.



Doch bei den PhilosophInnen regt sich Widerstand gegen diese Pläne. Grund dafür ist der große Andrang im neuen Aushängeschild der FU. Bereits im Sommersemester war die Philologische Bibliothek mehrfach überfüllt, die Leitung reagierte mit Zugangskontrollen. Dass sich die rund 1.500 Philosophie-Studierenden demnächst auch noch dort einreihen sollen, halten diese für wenig studienförderlich.

Dazu komme, so Philosophiestudent Mathias Bartelt, dass die Lautstärke in Großbibliotheken viel höher sei. Mit dem Interesse der »Architekturtouristen«, die den Bau von Stararchitekt Norman Foster besichtigen wollen, wachse auch die Belastung der Studierenden. Zudem könnten Bücher demnächst nicht mehr mit nach Hause genommen werden. »Wenn so die Zukunft des Lernprozesses aussieht, dann folgt dem architektonischen Repräsentationswahn zwar eine äußere, aber keine innere Wirkung mehr«, sagt Bartelt. So es darum gehe, Studierenden gute Studienbedingungen zu erhalten, müsse man auch in Kauf nehmen, dass diese etwas kosten.

Wie er haben auch 500 andere Studierende und MitarbeiterInnen am Institut einen Beschwerdebrief an den FU-Präsidenten unterzeichnet. Ihnen war mitgeteilt worden, dass der

entsprechende Beschluss zur Schließung ihrer Bibliothek in den Semesterferien zwischen Institutsleitung und Dekanat gefallen war – ohne Mitsprache des Instituts- und des Fachbereichsrats. Das Fazit der Info-Veranstaltung darüber für Mitarbeiter und Studierende war dennoch mager: schön, mal drüber geredet zu haben. Am Beschluss wird sich nichts mehr ändern. »Diejenigen, für die die Arbeitsbedingungen in der anderen Bibliothek nichts sind, müssen sich damit eben arrangieren«, sagte Widu-Wolfgang Ehlers, der Dekan des Fachbereichs Philosophie und Geisteswissenschaften.

Mit dieser Maxime werden sich in Zukunft weitere Institute auseinandersetzen müssen. Ähnlich dem »Berlin Brain« wird auch an anderer Stelle konzentriert: Für 15 kleinere Studienfächer soll 2011 eine »Bibliothek der kleinen Fächer« eröffnet werden. Die Büchersammlungen der Sozialwissenschaften – darunter die der Politologen und Soziologen – sind schon zusammengelegt. Langfristig, so Bibliotheksleiter Neumann, dürfte das auch den großen Bibliotheken der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften blühen.

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung der taz*

Ich dachte ich bin  
zum Studieren hier ?!

von annika segelken

Ja, ich weiß: Die Uni ist nicht nur eine Lernmaschinerie, sondern auch ein Ort der Begegnung und so weiter... Sehe ich ja auch so. Nein, worum es mir hier geht, ist so was wie dieses:

### Zeitungsstände

Mittwoch gegen 12 Uhr; steige U- Bhf. Thielplatz aus, überquere die Straße und da stehen sie: Die Süddeutsche und die Berliner Zeitung. Menschen mittleren Alters oder auch solche, die wohl selber noch studieren, preisen mir ihre Zeitung an. Und damit man auch so richtig schön geködert wird, gibt es noch irgendein Werbebeschenk – man kennt das ja.

Ich meine: Die machen ja auch nur ihren Job... Aber einem noch Sprüche hinterher zu rufen, wenn man sie nicht beachtet, das muss nun wirklich nicht sein! Damit wollen viele wohl ihr eigenes Selbstwertgefühl retten. Passiert allerdings natürlich nicht nur an der Uni, sondern überall, wo Menschen ansprechbar erscheinen. Doch an der Uni finde ich es besonders nervig. Wo sind wir denn hier? Das zeigt doch, wie sehr wir nur als potenzielle Konsumentinnen und Konsumenten angesehen werden. Naja, passt ins Bild. Ich meine das Bild, das uns eh immer mehr zu »Kunden« der Uni macht. Da können sich die Zeitungen ja gleich dazu gesellen.

### Mensafoyer

Andere Szene: Mensafoyer in der Silberlaube. Nun gehöre ich selbst nicht zu denen, die da regelmäßig essen gehen. Um genau zu sein: Seit die da diese neuen Karten eingeführt haben und ich dann auch noch von einer Bekannten hörte, dass ihre Bekannte da mal auf eine Kakerlake gebissen (!) hatte, geh ich da nie mehr essen. Aber man schlendert (oder hetzt) ja ab und zu mal vorbei. Und mittags ist das da wie auf einer Art Messe oder so. Ich registriere gar nicht so genau, WER da alles so seine Angebote macht. Auf alle Fälle aber ist es von allen Seiten schön quietschbunt, es flattert Papier und strahlende junge Menschen (vermutlich ebenfalls Studis) stellen mir seltsame Fragen – wohl eher Fangfragen, um ins Gespräch zu kommen. Was soll das?! Warum ist so etwas erlaubt? Da frag ich mich doch, wieso so etwas genehmigt wird. Was bringt uns das? Dieser Ort ist ein zentraler Ort, den gegen Mittag eine sehr große Anzahl Studierender aufsucht. Aber heißt das gleich, dass wir da von allen, die lustig sind, belästigt werden dürfen?! Ich bin verdammt noch mal zum Studieren hier! Und wenn ich in die Mensa gehe, will ich meine Ruhe haben. Wenn überhaupt, dann sollte das doch ein Ort sein, an dem Studis sich untereinander austauschen. Ich glaube, da steht auch immer noch so ein Stand von Studierenden rum – aber den beachtet in all dem Trubel wohl niemand.

## Aushänge

Aber wenn wir gerade bei dem Thema sind, noch schnell zu dem was mich so richtig wütend macht: Studentische Öffentlichkeit an dieser Uni scheint bald völlig verschwunden zu sein. Zum einen gibt es hier wohl tatsächlich immer weniger Aktivitäten. Die Gründe dafür sind vielfältig, ich lass sie hier mal weg. Zum anderen scheint es mir aber, wird von Seiten »der Uni« (also denen, die keine Studierenden sind) immer schärfer kontrolliert, WAS da WO aushängt. Im Folgenden meine, rein subjektiven Beobachtungen.

In der Rost- und Silberlaube gibt es deutlich als solche ausgewiesene Bretter, an denen Aushänge gemacht werden können. Früher habe ich diese nur wahrgenommen als zusätzliche Freiflächen, an denen alle aufhängen konnten, was sie wollten. Inzwischen habe ich da aber diese kleinen aufgeklebten Hinweise entdeckt, die einem sagen, dass nur aufgehängt werden darf, was genehmigt (und bezahlt) wurde. Auf Nachfrage sagte mir einer der Herren, die in der Pförtnerloge sitzen, dass normale studentische Aushänge an den Brettern mit der Aufschrift »Studenten-info« möglich seien. Also macht man seine Aushänge brav an genau diesen Brettern. Wenn ich aber so die Entwicklung der Aushänge täglich beobachte, so habe ich das unguete Ge-

fühl, dass da ab und an welche verschwinden. Gut, ist ja möglich, dass Studis sich gegenseitig bekriegen oder so. Trotzdem, ich kann ja nix beweisen, aber mir scheint, dass Sachen, die irgendwie politisch sind, sehr schnell wieder verschwinden. Da fragt man sich schon, wie man noch Gleichgesinnte finden will, hat man denn mal eine tolle Idee.

Ansonsten: An die Wände und Türen lohnt es sich überhaupt nicht mehr, etwas aufzuhängen. Und selbst im Rahmen meines Jobs als Studienberaterin wird es immer schwieriger Aushänge zu machen. Letztens wurden in einer Großaktion – über die wir nur erfuhren, sie sei von höherer Stelle angeordnet worden – sämtliche Aushänge von allen Wänden und Türen gerissen. Unter anderem unsere Sammlung von Zeitungsartikeln, die wir über Jahre angelegt hatten. Vermutlich hat das was mit Brandschutz zu tun – besonders konsequent wird der aber nicht betrieben. Zudem haben wir auch bei der Ankündigung von Informationsveranstaltungen Probleme: Auch wir dürfen nichts einfach so aufhängen und haben dann erfahren: Wenn wir ein offizielles Logo der FU mit Siegel draufpappen, dann darf's hängen bleiben. Soweit ich das beobachten kann, gehen die »Abreisser« auch entsprechend eindimensional vor: Was ein Siegel hat bleibt hängen – egal was.



# Exzellenz knapp verfehlt

Misstände wegen Bachelor und Master an der FU werden nicht geklärt

von julia und eva, mitglieder der initiative lehramt

**B**eim Exzellenz-Wettbewerb der Hochschulen Deutschlands ist die FU Berlin weit vom Feld der vorde- ren Ränge abgeschlagen. Einige der Gründe, welche die FU nicht gerade als Elite-Uni in Sachen Studienbedin- gungen auszeichnen, haben Studentinnen und Studenten der Initiative Lehramt zusammen ge- tragen.

Die Vorreiter des Bachelorsystems, die jetzt im dritten und letzten Studienjahr sind, lernen munter ohne Gewissheit vor sich hin, wie der Master aussehen wird und ob sie überhaupt hi- neinkommen. Denn dieser ist noch nicht fertig konzipiert und wird wohl just-in-time nächstes Jahr zum Wintersemester fertig, natürlich unter großzügigem Verzicht von Rückkopplungen mit Studierendenkreisen. Ebenso lief es bei der Kon- zipierung des Bachelors.

Auch der Bachelor sieht daher mehr schlecht als recht aus:

Um für alle Studentinnen und Studenten, Ba- chelor- und Alt-Studierende, Kurse anbieten zu können, wird bei beiden Angeboten kräftig ge- spart. So lässt nicht nur die Vielfältigkeit der An- gebote zu wünschen übrig, es fehlen auch oft- mals die Dozentinnen und Dozenten, um alle Studentinnen und Studenten mit Kursen zu ver- sorgen.

Einige Kurse werden nur im Winter-, andere im Sommersemester angeboten. Die Anmeldun- gen häufen sich, bis man schließlich mit 60 Leu- ten im Seminar sitzt.

»Machen Sie den Kurs doch nächstes Semes- ter« – Geht nicht. Die neuen Studienordnungen geben eine explizite Reihenfolge vor, in welcher das Studium absolviert werden soll. Niemand verlässt das Seminar freiwillig, denn alle müssen es jetzt machen, da die meisten Module aufein- ander aufbauen.

Das von SAP gestrickte Programm Cam- pus Management soll eigentlich die Vergabe von Kursen regeln, doch selbst, wenn man diese elek- tronische Hürde bewältigt hat, ist die Anmel- dung nicht sicher. Dieses Semester kam es dazu, dass Studentinnen und Studenten aus Semina- ren geworfen wurden, weil die Dozentinnen und Dozenten sich weigerten, mit einer explodieren- den Teilnehmerzahl zu lehren.

Wenn Studentinnen und Studenten es ge- schafft haben und in einem Wunschseminar blei- ben dürfen, wird man teilweise trotzdem über- rascht: Ein im Fachbereich völlig unbekanntes Gesicht beginnt die erste Veranstaltung mit der Bekanntmachung, dass man zwei Wochen vor Semesterbeginn spontan von der FU gebeten wurde, einen Kurs zu übernehmen. Die Studen- tinnen und Studenten sollten doch bitte Nach- sicht üben, weil man weder vorbereitet sein könne noch sich mit dem neuen Studiengang auseinandergesetzt habe.

Solche Fremdeinkäufe werden von der FU ge- tätigt, um im Vorlesungsverzeichnis angekün- digte Veranstaltungen nicht ausfallen lassen zu müssen. Damit entgeht die Universität einer Geldstrafe, doch die Studentinnen und Studen- ten erhalten mittelmäßige Veranstaltungen.



Allerdings kann eine mittelmäßige Veranstaltung noch erfreulich sein, denn es kann auch wie folgt kommen: Die in der Studienordnung von den Studentinnen und Studenten verlangte aktive Teilnahme wird von vielen Lehrbeauftragten einseitig ausgelegt und als Lehrersatz missbraucht. Viele Seminare bestehen allein aus von Studentinnen und Studenten gehaltenen Referaten, in der Summe ergeben sich die 90 Minuten einer Sitzung oft aus zwei bis fünf Vorträgen. Meist bleibt dann keine Zeit mehr, damit die Dozentin/ der Dozent Fachwissen aus erster Hand ergänzen kann. Leider hält sich der Arbeitsaufwand für die Referate oft in deutlich merkbaren Grenzen. Viele Studentinnen und Studenten wissen leider nicht, wie man ein gutes Referat hält oder scheinen aufgrund fehlender Bewertung und Rückkopplung wenig motiviert. Wie man allerdings mit so einer Grundlage eine Prüfung bestehen soll, steht noch in den Sternen.

So kennen die Studentinnen und Studenten an der FU Exzellenz:

Es wird hoher Druck ausgeübt, weil jeder Kurs zählt, so heißt es, doch welche Noten als Zugang für den Master tatsächlich gewertet werden, ist ungewiss.

Besonders für die vielen Lehramtsstudentinnen und -studenten ist jedoch das Masterstudium essentiell. Große Teile der pädagogischen Fachkenntnis werden erst hier vermittelt. Keine Schule möchte nur halb ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer einstellen.

Die Studentinnen und Studenten, die diese Missstände an der FU miterleben, wundern sich nicht, dass ihr Ausbildungsort den Exzellenzwettbewerb nicht gewonnen hat. Und alle anderen sollten mit diesen Informationen im Hinterkopf noch einmal überlegen: Woran könnte das wohl gelegen haben?

# TAG DER T ARBEIT T

Das Institut für Soziologie (IfS) bekam einen angemessenen Institutstag.

von ralf hutter

**E**in Institutstag – wie schön. Raus aus dem Studier-Alltag; mal in gelöster Atmosphäre mit allen Menschen zusammentreffen, die sonst immer aus verschiedenen Gründen das Institut bevölkern; sich über grundsätzlichere Dinge – das Studium, das Fach, das »Danach« – austauschen (gar über politische); bis in den sommerlichen Abend in netter Runde zusammensitzen; nicht zuletzt auch die Institution, die alle Beteiligten überhaupt erst zusammenführt, einer kritischen Würdigung zu unterziehen – kurz: er könnte eine Klimaverbesserung und Horizonterweiterung gleichzeitig bewirken.

Da aber universitäre Institute nicht mehr zur weitgehend selbstbestimmten Bildung da sind, nicht als Orte zum Wohlfühlen ausgelegt sind und mehr und mehr nach einem allgemeinen Geschäftsprinzip funktionieren, das Studierende genauso wie finanzielle Ressourcen als Input sieht und unter egal welchen gegebenen Bedingungen ein Maximum an anerkanntem Output zustandebringen will, passt es besser, wenn ein Institutstag sich der gesamtgesellschaftlichen Geschäftsordnung anpasst und die Abwicklung der fragten Prozesse möglichst unterstützt. Wie gut, dass das am IfS von Studis selbst in die Hand genommen wird und zwar schon im Alltag: Eine sog. »studentische Initiative« namens Career Point organisiert regelmäßig Info-Veranstaltungen zu Jobmöglichkeiten mit entsprechend beruflich tätigen Menschen und vermittelt darüber hinaus Praktika. Ebenfalls im Angebot waren bereits Veranstaltungen zur »individuel-

len Berufs- und Karriereplanung«, zu »Assessment-Centern« (»Stark für die Konkurrenz?!«), zur persönlichen Präsentation, zur Stressbewältigung und Bewerbungseminare (»Der erfolgreiche Weg, einen Fuß in die Tür eines Unternehmens zu bekommen.«). Zur Krönung dieses Dienstes am Humankapital wurde in diesem Umfeld dann auch ein Institutstag ausgeheckt, bei dem all diese Bemühungen um Anbindung an die allgemeine Kapitalverwertung gebündelt und einer größeren Öffentlichkeit präsentiert werden sollten.

Dass sich der akademische Nachwuchs nicht nur für die zwanglos-zwecklosen Zwecke der konformistischen Wissenschaft prostituiert, sondern sich liebend gerne dem nächstbesten Zahlungswilligen an den Hals wirft, wurde schon im Vorfeld an der Werbung für die Veranstaltung klar. Als Untertitel für den Tag wurde nämlich »Die Brücke zur Arbeitswelt« auserkoren. Auf Flugzetteln wurde eine Brücke abgebildet, über der zu lesen war: »Soziologie und dann?«. Dem ist erstens zu entnehmen, dass unter »Soziologie« nur die Ausbildungszeit verstanden wird, denn danach kommt ja etwas anderes. Ein weitergehendes Interesse scheint auch gar nicht zu bestehen. Zweitens wird der Eindruck vermittelt, die Studienzeit hätte nichts mit Arbeit zu tun. Die »Arbeitswelt« kommt ja erst, dafür soll sich ja vorbereitet werden. Deutlicher werden diese Grundannahmen auf den anderen Versionen der Flugblätter. Dort finden sich über dem Kürzel »avt«, welches für »Arbeitslosigkeitungsvermeidungstag« steht, die Überschriften

»Lost in Soziologie« bzw. »Träumst du auch von Arbeit?«. Dass die Mitglieder des Planungsstabs dieser Marketing-Kampagne tatsächlich verloren umher irren angesichts einer komplizierten Welt und eines Studiums, das ihnen nicht so recht etwas über sie selbst und eben diese Welt mitteilt, könnte gar nicht besser zum Ausdruck gebracht werden. In solch einer Situation liegt es nahe, sich auf das Träumen zu verlegen. Als Traum bleibt dabei nur noch das, was von der repressiven Umwelt (welche natürlich nicht als repressiv wahrgenommen wird) als der Traum für alle dekretiert wird. Arbeit. Wie wenig du auch hast, wie schlecht es dir auch geht – höre nie auf, von Arbeit zu träumen!

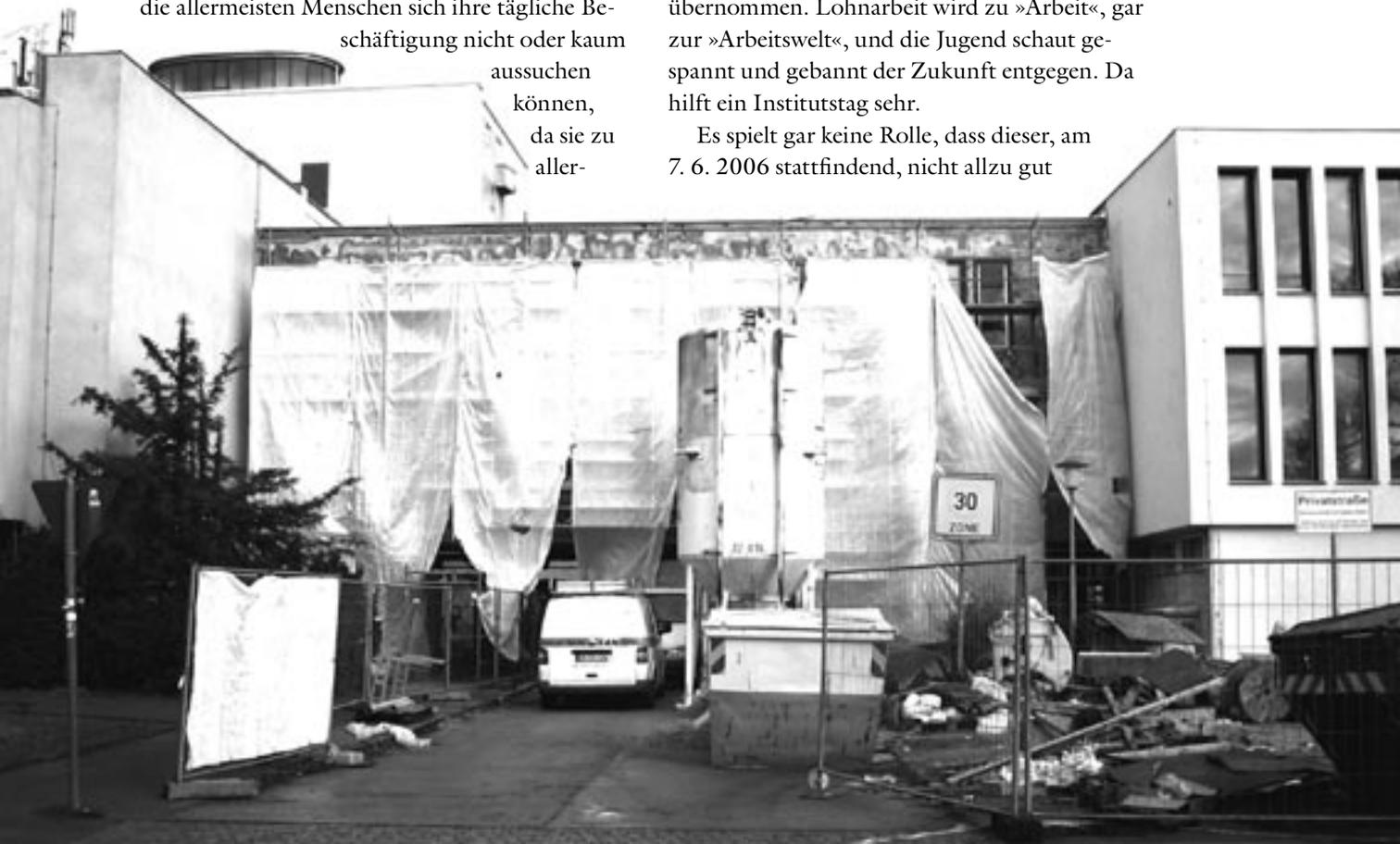
Natürlich gab es eine Zeit, gerade am Institut für Soziologie der FU, in der durchschnittliche Soziologie-Studis einen Unterschied machen konnten zwischen verschiedenen Bedeutungen des Wortes »Arbeit«, zwischen verschiedenen Arbeitsbegriffen. In der es sogar Teil der universitären Lehre war, darauf hinzuweisen, dass der aktuelle gesellschaftliche Zustand einer ist, in dem die allermeisten Menschen sich ihre tägliche Be-

schäftigung nicht oder kaum  
aussuchen  
können,  
da sie zu  
aller-

erst einer Lohnarbeit nachgehen müssen, die sie ernährt. Ein Zustand, der es meistens mit sich bringt, dass die notwendigen Arbeiten unter permanentem und vielfältigem Zwang erfolgen, sei es auf Grund der Konkurrenz oder auf Grund der Abhängigkeit von den Geldgebern, was auf dasselbe hinausläuft, nämlich auf den Beweis für die eigene (potentielle) Überflüssigkeit. Ein Zustand, der letzten Endes dazu führt, dass der erdrückende Zwang der Verhältnisse zur Verinnerlichung und Aufwertung der faktisch vorherrschenden Mechanismen führt, so dass Arbeitszwang nebst asozialer Vergesellschaftung, die den Ausschluss derjenigen mit sich bringt, die nicht mitziehen wollen oder können, zu positiv besetzten Sachverhalten in den Köpfen vieler Menschen werden.

All diesen Dingen könnte versucht werden, mit soziologischen Fragestellungen und Methoden »auf den Leib zu rücken.« Statt dessen wird der Terror (zumindest implizit) auch von einem großen Teil des akademischen Nachwuchses mitgemacht und Arbeitslosigkeit als Kampfbegriff übernommen. Lohnarbeit wird zu »Arbeit«, gar zur »Arbeitswelt«, und die Jugend schaut gespannt und gebannt der Zukunft entgegen. Da hilft ein Institutstag sehr.

Es spielt gar keine Rolle, dass dieser, am 7. 6. 2006 stattfindend, nicht allzu gut



A black and white photograph of a modern building with a glass facade. In the foreground, a concrete sign is visible with the text "Garycln. 55" and an arrow pointing left. The building has a grid-like structure of windows and columns. A person is standing near the building on the right. The ground is covered with leaves or mulch. There are trees in the background and foreground.

Garycln. 55 ←

besucht war; es geht auch nicht um das genaue Programm oder die vorgestellten Institutionen, Verbände und Unternehmen. Der Charakter der Veranstaltung war durch die allgemeinen, hier kritisierten Umstände gegeben. Die Möglichkeit, dem Event einen kritischen Einschlag zu geben, war sogar da, wurde aber ausgeschlagen: Im Foyer konnten den ganzen Tag lang Filmausschnitte angeschaut werden, die von einem studentischen Projekt stammten, das sich zwei Jahre zuvor der Geschichte und gegenwärtigen Lage des Instituts hatte annehmen wollen und dazu zahlreiche Interviews mit verschiedenen Institutsmitgliedern geführt hatte. Aus dem Mitschnitt des langen Gesprächs mit einigen Aktiven der Fachschaftsinitiative, in dem sich diese u.a. deutlich über den Verfall der Lehre, die Verantwortung der Profs und den Umbau der Universität äußern, wurde nur die Anfangssequenz, in der die Interviewten die Gründe für das eigene Aufnehmen des Soziologie-Studiums darstellen, auf die DVD übernommen, welche zum Verkauf angeboten wurde.

Der Institutstag passte also gut zum neuen Masterstudiengang, der in diesem Wintersemester angelaufen ist und der – nicht zuletzt durch seine stark verschulte Struktur – ein Bild von Wissenschaftlichkeit vermittelt, wonach diese im konformen Einordnen in die von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vorgegebene Spezialdisziplin besteht. Also in der prinzipiellen Akzeptanz von Datenerhebung, -auswertung und -lieferung als einer Arbeit für beliebige Zwecke, denn die Frage, was für ein Wissen da überhaupt produziert wird und wem es zugänglich und dienlich ist, fällt dabei unter den Tisch. Letztendlich muss anwendungsorientiert studiert werden – wer weiß, wo danach ein bezahlter Arbeitsplatz frei wird. Ein eigenes Interesse (von dem materiellen abgesehen) ist hier genauso wenig erforderlich wie in den meisten anderen Ausbildungsrichtungen, die eben alle primär der Sicherung des Lebensunterhaltes dienen sollen, also für ein Lohnarbeitsverhältnis vorbereiten sollen, und meistens nicht das Erlernen einer Arbeit bedeuten, von der sich zu Recht träumen ließe.

### **Nachtrag (statt eines Nachrufs):**

Für die gesellschaftskritische Tradition am IfS stand seit langen Jahren auch Gerburg Treusch-Dieter, außerplanmäßige Professorin seit 1996. Und zwar wie niemand sonst. Studierte Schauspielerin, Feministin, Aktivistin, Publizistin – mit anarchistischem Einschlag (und auch anarchistischer Vergangenheit), denn das bedeutet heutzutage zwangsläufig Lebhaftigkeit im akademischen Milieu. Nebenbei bemerkt, weil es gerade passt: Sie organisierte Diskussionsveranstaltungen mit, die Titel wie »Zukunft der Nicht-Arbeit« und »Recht auf Faulheit« trugen. Trotz Lehrtätigkeit an zwei künstlerischen Universitäten in Berlin und Wien begab sie sich jedes Semester auch noch in die Lernfabrik namens FU und hielt Blockseminare am Institut für Soziologie ab. Diese waren eine Bereicherung für alle Teilnehmenden, viele darunter Stammpublikum. Ja, Publikum, denn da wurde etwas geboten. Wissen und Ausdruck. Dabei mit Anbindung an aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Sie hatte etwas zu sagen. Immer. Meistens dauerte das auch. Gleichzeitig wurde den Studis jede Freiheit zur Seminarmitgestaltung gegeben. Auf dass sie vielleicht auch zu neuen Ausdrucksformen kämen. Die ihren hatten definitiv die Wirkung, dass sie durch bloße Ausstrahlung zum Nachdenken anregte. Dass sie den Unibetrieb in den Schatten stellte. Sie machte vor, wie Soziologie intervenieren kann. Und zwar ohne das Zimmer zu verlassen. Sie zeigte, dass sie ernste Anliegen hatte – sei es durch lange Monologe, sei es durch die direkte Fixierung der jeweils Sprechenden. Ihre Art der Respektbezeugung gegenüber den Studis war die direkte Kommunikation, das direkte Eingehen. Was nicht heißt, dass sie immer alles lang und breit erklärt oder höflich gelächelt hätte. Wer wollte, befand sich in ihrem Seminar in einem Denkraum, und zwar in einem, wo es nicht immer klar ist, wo genau die Wände verlaufen. Davon gibt es sonst kaum welche, auch nicht mehr an der Uni.

Ihr Tod hat dementsprechend eine nicht zu verschmerzende Lücke gerissen.

# Über den Fall

# >Lenzen<

*glosse von tibi kumrovic*

**D**ietter Lenzen ist ein großartiger Hochstapler, zumindest bekommt man den Eindruck, wenn man sich die Geschehnisse um den Exzellenzzentren-Wettbewerb anschaut. In einer Mantra-artigen Wiederholung des Gleichen, verfielen ihm die Professoren und Wissenschaftlichen Mitarbeiter und glaubten selbst bis zur Entscheidung der Findungskommission, dass die FU auch zu einen der Spitzenuniversitäten Deutschlands gehöre. Es war dann eher Wasser statt Champagner als das Ergebnis über den Bildschirm flimmerte, München top – FU flop. Da hat sich der Apologet des Freien Marktes und des Leistungsdenkens ganz schön geirrt, auszubaden haben es jetzt alle, bis auf Lenzen und seine Riege im Präsidialamt.

Dabei wurde sich so viel Mühe gegeben, Bibliotheken wurden geschlossen, Professuren nicht wiederbesetzt und eine drei Millionen teure Verwaltungssoftware, die nicht funktioniert, angeschafft. Von der Aussetzung allerlei demokratischer Rechte durch die Erprobungsklausel und somit die de facto Abschaffung der Mitbestimmungsrechte der unterschiedlichen Gruppen an der FU ganz zu schweigen.

Doch cui bono? Lenzen und sein Selbstdarstellungszwang. Denn, dass Lenzen die FU nur als eine Durchgangsstation in seinem Weg nach Oben ansieht, wurde vergangenen Sommer wieder offensichtlich, als er sich selbst ins Gerede als Kandidat der CDU für das Amt des Regierenden Bürgermeisters brachte.

Lenzens anhaltende Präsenz in Talkshows und seine nervigen Veröffentlichungen zum Thema »Lebenslanges Lernen«

sind da nur das Schmuckwerk eines eloquenten wissenschaftlichen Wirtschaftsbosses, dessen Devise immer Leistung, Leistung und nochmals

Leistung war.

Doch

wer

sich dies als Motto auserkoren hatte, muss sich auch daran messen lassen. Und dies bedeutet letztendlich auch die Konsequenzen zu ziehen.

Ein Rücktritt von Lenzen und seines Stabes im abgeschanzten Präsidialamt – es sei hier der Vollständigkeit halber auch Kanzler Peter Lange erwähnt, einem Machtmenschen und Strippenzieher par excellence – wäre längst überfällig. Wer von Leistung schwadroniert und selbst dazu nicht in der Lage ist macht sich nicht nur lächerlich, er zeigt auch dass sein Konzept von Vorne bis Hinten nicht stimmt. Schließlich hat die FU beim Exzellenzwettbewerb nicht nur den Katzentisch bekommen, weil Lehre und Forschung Mittelmaß sind – wir kennen die Realität schließlich selbst alle aus unserem tag-täglichen Uniialltag – son-

dern weil gerade in der Höhle des zahnlosen Löwen Lenzen, dem Präsidialamt, mehr Schein als Sein herrscht.

So sollen die Englischkenntnisse der Präsidiumsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter nicht gerade excellent gewesen sein und auch über die Situation des Gender- Mainstreaming soll die Findungskommission not amused gewesen sein. Von all den anderen Unzulänglichkeiten können sich diejenigen ihr eigenes Bild machen, die mit offenen Augen durch die Uni gehen.

Doch leider sitzt Lenzen immer noch in seinem Stuhl und redet darüber, dass bei der nächsten Runde die FU bestimmt ganz vorne mit dabei sein wird, wer's glaubt wird selig, oder mit biblischen Worten gesprochen: »Die Letzten werden die Ersten sein.« Das dies so nicht funktioniert, wissen alle, die für das Studium in überfüllte Hörsäle gezwängt werden, Monate auf ein wichtiges Buch warten müssen oder wenn sich die selten angebotenen Pflichtveranstaltungen wieder einmal überschneiden.

Diese Probleme können nicht von einem selbstherrlichen Präsidenten und seinem Kanzler gelöst werden, die zudem noch für die Probleme verantwortlich sind.

lich zeichnen, sondern von denen, die davon betroffen sind.

Es bleibt auch noch zu erwähnen, dass es Lenzen war, der 2005 die Intelligenz migrantischer Kinder und Jugendlicher in Abrede stellte und somit wissenschaftlich verpackt rassistische Klischees bediente. Wer also von Leistung redet und sich ganz weltmännisch gibt, von dem muss auch die Konsequenz eingefordert werden – ein Rücktritt von Lenzen und Lange ist notwendiger denn je!



# Studentische Mitarbeit in Gremien - eine Farce?

Ein Erfahrungsbericht aus der KfL.

von stefan günther

**S**eit gut zwei Jahren bin ich studentisches Mitglied der Kommission für Lehrangelegenheiten (KfL), ein mehrheitlich mit Studierenden besetztes Gremium, welches den Akademischen Senat (AS), das höchste Entscheidungsgremium der FU, berät. Leider muss die Betonung auf »berät« liegen. Keine der Entscheidungen, sorry, Empfehlungen der KfL sind bindend und können daher beliebig ignoriert werden. Ich habe mich oft gefragt, ob es sinnvoll ist, diesem oder anderen universitären Gremien anzugehören. Einerseits habe ich ein Ohr an den Vorgängen und kann viele Infos bekommen und an Studierende weiterleiten, andererseits muss ich über Dinge beraten, die mir absolut zuwider sind und habe das Gefühl überhaupt nicht ernst genommen zu werden. Ich stehe zwischen dem Zwiespalt Dinge und Prozesse mit meiner bloßen Anwesenheit zu legitimieren oder gar nichts zu erfahren. Ihr denkt vielleicht: »Du kannst doch etwas verändern, wenn du dort bist.« Hierzu möchte ich euch sagen: In der KfL werden zwar alle neuen Studienordnungen und jegliche Veränderungen von Regelungen in der FU vorgelegt, aber es gibt einige ernüchternde Fakten:

- ❶ Leider werden Vorschläge der KfL, wenn sie grundlegender Natur sind, fast immer ignoriert.
- ❷ Grundlegende Fragen werden kaum gestellt. Die Bachelorisierung wird und wurde an der FU noch nie hinterfragt, obwohl sie die wohl grundlegendste Änderung in der Studienwelt ist. Schmalspurstudium, BilligakademikerInnen sind nur einige Schlagworte, die diskutiert werden sollten. Aber nein, wir, die studentischen Mitglieder der KfL, bekommen die neuen BA/MA-Studiengänge kistenweise vorgelegt, ohne ein Wort über die Sinnhaftigkeit des Ganzen.
- ❸ Die Umstellung ist, wie bei den Lehramtsstudiengängen, sehr kurzfristig angeleiert und so schlecht gebastelt, dass im Nachhinein SEHR viel nachgebessert werden muss. An der Uni Basel<sup>1</sup> z.B. scheint man sich mehr Gedanken um die Reform gemacht zu haben, als nur Erster zu sein und damit irgendwie Eindruck zu schinden.
- ❹ Oft sind die Vorschläge mit viel zu hoher Arbeitsbelastung konzipiert und ein Anwesenheitskontrollwahn eingebaut, als wären wir alle Kleinkinder. Viele BA/MA-Konzepte

sind sehr studierendenfeindlich, was fehlende Studierendenbeteiligung vermuten lässt. Nun kommen wir aber zu den Punkten, die unsere Arbeit so absurd machen.

- ⑤ Die Master sind meist Prestigeprojekte der einzelnen Profs und werden manchmal auch ohne Beachtung von Ressourcen geplant. Diese Profs lassen sich dann aber nicht in der KfL blicken, um dies zu diskutieren. Nein, sie kommen in den AS und erzählen dort, wie z.B. in der Tiermedizin geschehen, dass sie ihren weiterbildenden, damit kostenpflichtigen Master „small animal science“ in ihrer Freizeit machen wollen. Ich würde von den Vets gerne erfahren, ob sie den Eindruck haben, ihre Profs seien nicht ausgelastet.
- ⑥ Wir bekommen Unterlagen meist erst kurzfristig vor der Sitzung und bis zur AS-Sit-

zung ist die Zeit lächerlich kurz, nämlich genau zwei Tage. Dies lässt keine Zeit, wirklich große Sachen zu ändern.

- ⑦ Wichtige Infos werden uns vorenthalten, wie Evaluationen von BA-Studiengängen. Sie werden unter Verschluss genommen. Trotz unserer anerkannt guten Arbeit und Kompetenz traut man uns nicht über den Weg.
- ⑧ Das Präsidium reisst immer mehr Entscheidungsgewalt an sich, bei fragwürdiger Kompetenz. Es bildet informelle Kreise, die es direkt besetzt und steuert. Viele Vorgänge können daher nicht mehr nachvollzogen werden.

<sup>1</sup>. [http://www.unibas.ch/doc/doc\\_download.cfm?uuid=60A95176C09F28B634625A3DE55BF03F&IRACER\\_AUTOLINK&&](http://www.unibas.ch/doc/doc_download.cfm?uuid=60A95176C09F28B634625A3DE55BF03F&IRACER_AUTOLINK&&)

Die Auswirkungen bekommen wir alle zu spüren, aber die Arbeit in Gremien kann so nicht (mehr) entgegenwirken. Die universitäre Demokratie liegt im Sterben. Soll ich bleiben, der Infos wegen? ...



**StuPa fordert:**



# Coca Cola Boykott

Auf seiner Sitzung am 26. Oktober 2006 hat das Studierendenparlament der FU beschlossen, sich dem Boykott von Produkten der Coca Cola Company anzuschließen. Im Folgenden ist der Beschluss dokumentiert.

Aufgrund wiederholter Menschenrechtsverletzungen, Morde und Repression von gewerkschaftlicher Arbeit in den kolumbianischen Abfüllbetrieben der Coca-Cola-Company und der mangelnden Aufklärung dieser Vorfälle durch das Unternehmen schließen wir uns einem Boykott der Produkte der Coca Cola Company an.

Ziel dieses Boykotts ist ein grundlegender und glaubwürdiger Richtungswechsel der Unternehmenspolitik von Coca Cola, was die Anerkennung und Beachtung grundlegender ethischer und menschenrechtlicher Normen in ihren Werken betrifft.

Bis zu diesem Richtungswechsel fordert das Studierendenparlament der FU

- \* die Leitung der Universität und die Fachbereiche der FU auf, evtl. bestehende Verträge mit der Coca Cola Company zu kündigen, bei Veranstaltungen, Konferenzen usw. keine Produkte der Coca Cola Company mehr zu verwenden und bei Verträgen mit Dritten (z.B. Catering) darauf zu achten, dass diese Produkte ausgeschlossen werden;

- \* das Studentenwerk auf, Produkte der Coca Cola Company aus dem Angebot zu nehmen und evtl. bestehende Verträge mit dem Unternehmen zu kündigen;

- \* die BetreiberInnen von Restaurants, Cafeterien, Automaten, Cafes in und im Umfeld der FU auf, Produkte der Coca Cola Company aus dem Angebot zu nehmen und evtl. bestehende Verträge mit dem Unternehmen zu kündigen.

# »BERLINER BÜNDNIS FÜR FREIE BILDUNG - GEGEN STUDIENGEBÜHREN«

Das Studierendenparlament der FU hat auf der Sitzung im Oktober außerdem beschlossen, sich der Grundsatzerklärung des »Berliner Bündnisses für Freie Bildung - gegen Studiengebühren« anzuschließen.

## Grundsatzerklärung

Wir, das »Berliner Bündnis für Freie Bildung - gegen Studiengebühren«, sind ein offenes Bündnis aus Einzelpersonen und verschiedenen politischen Gruppen und Organisationen, welches sich als Plattform versteht. Im Rahmen einer geplanten Kampagne wird es unter anderem gemeinsame Aktionen geben. Diese sollen unserer Forderung nach freier Bildung für alle Ausdruck verleihen und sich gegen den wettbewerbsorientierten Umbau im Bildungssystem, gegen Studiengebühren jeglicher Art und die damit verbundenen Disziplinierungszwänge richten.

Das »Berliner Bündnis für Freie Bildung - gegen Studiengebühren« hat sich am 15. Juni 2006 gegründet. Unser Kampf ist kein Elitenprotest. Wir verstehen uns als Bestandteil weltweiter sozialer Proteste. Darum sprechen wir uns auch grundsätzlich gegen Kitagebühren und verkapptes Schulgeld, wie die Elternzahlungen für Schulbücher, aus. Daher regen wir eine langfristige und solidarische Kampagne an. Wir grenzen uns explizit von allen faschistischen, rassistischen, sexistischen und anderen diskriminierenden Gruppen ab.

Spätestens nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2006 wird das Thema »Studiengebühren« auf der politischen Tagesordnung stehen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 das bundesweite Verbot von allgemeinen Studiengebühren gekippt hat, ist die Einführung von Studiengebühren nun Ländersache. Inzwischen ist die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern bereits beschlossen. So drohen beispielsweise Studierenden in Hessen Gebühren in Höhe von bis zu 1500 Euro pro Semester. Angesichts der desolaten Haushaltslage in Berlin scheinen 140.000 potentielle GebührenzahlerInnen verlockend.

Bildungsgebühren (auch versteckte Gebührenmodelle, wie Studienkonten) sind sozial ungerecht. Besonders belastet werden dabei unter anderem Menschen mit Kind(ern), AusländerInnen, Menschen mit Behinderung und ältere Studierende. Die soziale Selektion durch Studiengebühren verschärft die ohnehin drastische Ungerechtigkeit im Bildungssystem. Bereits jetzt hängt der Bildungserfolg in Deutschland, wie in kaum einem anderen Land, von der sozialen Herkunft ab. Zudem stellen sie einen weiteren Meilenstein in der Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung dar.

# Wer nicht kämpft verliert!

von Lieschen Müller

**S**eit das Bundesverfassungsgericht im Januar 2005 das bundesweite Verbot von Studiengebühren für verfassungswidrig erklärte, überschlagen sich die Meldungen zur Einführung von Studiengebühren. Während so genannte Verwaltungs- oder Langzeitgebühren schon seit Jahren existieren, erhalten nun Studiengebühren in verschiedensten Formen Einzug in immer mehr Bundesländern. Von ca. zwei Millionen Studierenden müssen nach derzeitigem Stand zukünftig ca. 1,4 Millionen zahlen – und dass nicht zu knapp: Werden momentan Gebühren zwischen 500 Euro und 1500 Euro pro Semester erhoben bzw. eingeführt, drohen mittelfristig 2500 Euro und langfristig sogar der kostendeckende Betrag bis zu 140.000 Euro pro Studium – die Gebührensphäre ist nach oben hin offen!

Während dem Großteil der Berliner Studierenden der Ernst der Lage noch nicht klar zu sein scheint – zumindest beschränken sich die Bemühungen den Kampf gegen Stu-

diengebühren und Umstrukturierungen an den Hochschulen aufzunehmen momentan auf einige Wenige – regte sich andernorts vor allem im Sommersemester 2006 Widerstand: In Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder in Hessen kämpften Studierende gegen geplante bzw. zum Teil schon beschlossene Studiengebühren und andere Zumutungen der aktuellen Bildungspolitik. Tausende Studierende beteiligten sich an Großdemonstrationen in Frankfurt am Main, Hamburg, Darmstadt, Freiburg, Wiesbaden, Tübingen, München, Bielefeld oder Düsseldorf, um gegen die Einführung von Studiengebühren, die schleichende Privatisierung des Bildungswesens, soziale Ausgrenzung von Studierenden aus einkommensschwachen Familien und für ein Recht auf kostenlose Bildung zu protestieren.

Neben der Vielzahl an Vollversammlungen und Demonstrationen überraschte vor allem die Radikalisierung der Proteste: So wurden in Hessen Autobahnen besetzt und die einschreitenden Herren in Grün mit Le-

bensmitteln, Flaschen und Holzlatten beworfen. Nachdem über 200 Studierende festgenommen wurden, kam es zu Spontandemos und Belagerungen des Polizeipräsidiums, um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken. Auch der Frankfurter Hauptbahnhof wurde während der WM von rund 120 Studierenden lahmgelegt, wie auch der zentrale S-Bahn-Tunnel des Rhein-Main-Gebiets. Dutzende Studierende besetzten nach einem friedlichen Protestzug ebenfalls die Hamburger Bahngleise und legten so den Schienenverkehr für etwa eine Stunde lahm. In Bielefeld brannte im August das Auto des Rektors der Bielefelder Uni, zuvor lösten mehrere brennende Mülltonnen auf den Toiletten der Uni Feuersalarm aus und ein ProfessorInnenzimmer wurde mit Kuhfladen gefüllt, nachdem der Generalschlüssel der Uni in studentische Hände gelangte. In NRW wurden der Landtag von Düsseldorfer SchülerInnen und Studierenden besetzt, Senatssitzungen von Studierenden belagert und teilweise gelang auch das Sprengen der Sitzungen. Tübinger Studierende besetzten das Schloss Hohenthübingen und auch

in Wiesbaden besetzten Studierende kurzzeitig das Wissenschaftsministerium und forderten die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Da sich die Verantwortlichen in Politik und Hochschulen bis auf massive Repressionen – es kam zu hunderten Verhaftungen und gewalttätigen Übergriffen auf beteiligte SchülerInnen und Studierende – nicht reagierten, wird nun ein Gebührenboykott organisiert. Dieser soll eine Aussetzung der Gebührenforderungen erzwingen. Zudem soll mit einer breiteren Kooperation mit anderen Sozialen Kräften, wie SchülerInnen und Gewerkschaften, zusätzlicher Druck auf Länderregierungen und Unis ausgeübt werden. Nach der Mobilisierungsphase zwischen Oktober und Dezember soll nun die heiße Phase im Januar 2007 starten.

In Berlin blieb es hingegen seit den Protesten 2003/2004, mit denen die Einführung von Studiengebühren zunächst verhindert werden konnte, relativ ruhig. Doch auch hier sollten sich SchülerInnen und Studierende nicht in falscher



Sicherheit wiegen, auch hier gibt es Grund zum Widerstand: Während es wegen den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin vorerst relativ ruhig um die Frage der Einführung von Studiengebühren war, ist 2007 mit einer Wiederbelebung der Debatte – wenn nicht gar mit konkreten Schritten zur Einführung von Studiengebühren – zu rechnen. Mit der vagen Formulierung: »Für den Hochschulzugang darf es keine finanziellen Hürden geben« ließ sich der rot–rote Senat im aktuellen Koalitionsvertrag eine Hintertür für die Einführung von Studiengebühren öffnen. Mit diesem Anspruch, es dürfe keine finanziellen Hürden geben, wurden auch in anderen Bundesländern sowohl Langzeitgebühren, Studienkonten, aber auch über Kredite finanzierte allgemeine Studiengebühren eingeführt. Zudem gehört der nun eingesetzte Wissenschaftssenator Zöllner, ehemaliger Wissenschaftsminister Rheinland–Pfalz, klar zu den Verfechtern von Landeskinderregelung und Studienkonten. Es ist also nur eine Frage der Zeit bis erneut versucht wird, Studiengebühren auch in Berlin einzuführen.

Die Ereignisse in Hamburg, Hessen oder NRW zeigen, dass der Kampf gegen Studiengebühren, sind sie einmal beschlossen, deutlich erschwert wird. Wir sollten also nicht warten, bis wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden!

Dabei kann die Orientierung an Studiengebühren und der Umstrukturierung der Universitäten zur Wissenschafts-GmbH nur ein erster Schritt sein. Über die reinen Abwehrkämpfe hinaus ist die gesamtgesellschaftliche Einbettung des Protests, auch in internationale ökonomische Zusammenhänge, notwendig. Ein entpolitisiertes Protest, der sich nur gegen die Einführung von Studiengebühren oder anderen Verschlechterungen des Bildungssystems wendet, greift zu

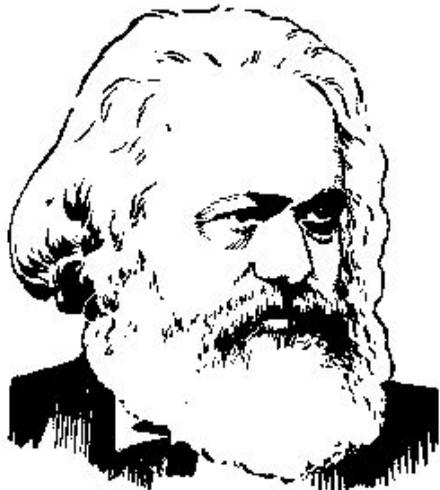
kurz. Bunt und lustig mit der Bildung baden gehen, die Bildung plakativ zu Grabe tragen oder nackig über einen Weihnachtsmarkt rennen mag ein schönes Bild für die Medien abgeben – da solidarisiert sich sogar die BZ, wenn sie sich ihr Covergirl oben–ohne spart – kann aber nicht Kern unserer Proteste sein. Die Orientierung an studentischer Lobbypolitik und einer Beschränkung des Fokus von Protesten und Forderungen auf eine Verbesserung der momentanen Situation an den Hochschulen bleibt notwendig elitär und in weiten Teilen wirkungslos, verteidigen wir unsere studentischen Privilegien gegen Kindergartenkinder und Harz IV EmpfängerInnen, haben wir schon verloren. Wir müssen erkennen, dass wir alle Betroffene des gleichen politischen Projekts sind.

Die Universitäten und den studentischen Protest zu repolitisieren ist damit notwendig, um Studiengebühren zu verhindern und dem neoliberalen Umbau der Hochschulen etwas entgegenzusetzen. Dass dies möglich ist, zeigten die Proteste 2003/2004, in denen es Berliner Studierenden gelang, die bereits im Berliner Haushalt eingeplanten Gebühren zu verhindern.

Die Einstellung, Studiengebühren werden sowieso eingeführt, ist Teil ihrer Durchsetzung! Studiengebühren werden nur dann eingeführt, wenn ihre GegnerInnen zu schwach sind, sie zu verhindern und die BefürworterInnen stark genug, die Einführung von Studiengebühren durchzusetzen. Die Haltung, Gebühren kämen eh, ist also Teil des Kampfes um gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse. Diese gilt es zu verändern und dem herrschenden Verständnis von Bildung als Ware eigene Vorstellungen von selbstbestimmter Bildung entgegenzusetzen und offensiv zu vertreten.

Bildet Banden!





# Marx

## *neu* lesen

von hannes strobel

Die »Neue Marx-Lektüre-Bewegung« an der Freien Universität.

### Von Revolutionsplänen zum Ende der Geschichte

Seit Ende der 60er Jahre galt die Freie Universität lange Zeit als Hochburg der Linken. Damals war die Frage nicht: »Wollen wir Revolution machen?« Sondern: »Wann machen wir sie, heute oder morgen?« Ohne das nötige theoretische Rüstzeug ging da natürlich nichts und so gehörte es zum guten Ton, die Schriften von Karl Marx zu kennen. In unzähligen Zirkeln wurde »Das Kapital« gelesen, auf vielen Plena, Vollversammlungen und Gruppentreffen über Marxens Werk diskutiert und häufig die Abschlussarbeit mit einem entsprechenden Zitat eingeleitet. Spätestens mit dem endgültigen Zusammenbruch des »Realsozialismus«, Anfang der 90er Jahre, sollte sich das grundlegend ändern. »Das Ende der Geschichte« schien erreicht, die Träume von einer grundlegend besseren Welt waren zu Ende geträumt, die Revolution wurde abgesagt, auch an der FU. Marx war plötzlich out. Weshalb sich noch mit einem Denker beschäftigen, der in einer Welt, die soeben mit Pauken und Trompeten untergegangen war, wie ein Säulenheiliger verehrt wurde. Seine Theorie wurde als überholt erklärt, als angestaubte Ideologie vergangener Tage gebrandmarkt. Bis heute fristet das Marxsche Werk deshalb ein Schattendasein und taucht

nur äußerst sporadisch in den offiziellen Vorlesungsverzeichnissen auf.

### Die Neue Marx-Lektüre-Bewegung an der FU

Seit einigen Jahren jedoch, entsteht an der FU aus einigen Nischen heraus etwas, was man eine »Neue Marx-Lektüre-Bewegung« nennen kann. Eine ganze Reihe Wissenschaftler und Studierende aus dem Umfeld der Hochschule beschäftigen sich wieder (oder immer noch) mit dem Marxschen Werk. Als Folge wurden in den letzten Monaten eine ganze Reihe interessanter Bücher veröffentlicht. Alle Autoren der »Neuen Marx-Lektüre« teilen dabei drei Grundeinsichten. Erstens, dass im »real existierenden Sozialismus« das Marxsche Werk grundlegend falsch interpretiert und als Rechtfertigungsideologie missbraucht wurde. Zweitens, dass die Analyse von Karl Marx noch (oder gerade) heute zutreffend und für das Verständnis der kapitalistischen Gesellschaft unabdingbar sei. Und drittens, dass Marxens »Kapital« jeder ernsthaften Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu Grunde gelegt werden sollte. Wer also verstehen will, wie die Gesellschaft in der wir leben funktioniert und warum in ihr zwangsläufig so viel falsch läuft, kommt auch im 21. Jahrhundert um

den »alten Marx« nicht herum, so das Credo der Autoren. Im Folgenden sollen drei ganz unterschiedliche, aber allesamt aktuelle und empfehlenswerte Bücher, aus dem Dunstkreis der »Neuen Marx-Lektüre-Bewegung« an der FU vorgestellt werden.

### **Kritik der politischen Ökonomie – Eine Einführung**

Der Berliner Politikwissenschaftler Michael Heinrich hat eine Einführung in die Marxsche »Kritik der politischen Ökonomie« geschrieben, die vor zwei Jahren erstmals aufgelegt, nun schon in der vierten Auflage vorliegt. Ein kleiner Bestseller also und das nicht ohne Grund. Heinrichs Buch richtet sich vor allem an »Marx-Neulinge«, ist aber auch für Fortgeschrittene ein echter Gewinn. Es stellt eine erschwingliche Einführung in die »Kritik der politischen Ökonomie« dar (nicht umsonst der Untertitel den Marx für sein »Kapital« gewählt hat). Der Anspruch des Politikwissenschaftlers ist es dabei nicht, eine selbständige Lektüre der drei Bände des Kapital zu ersetzen. Er möchte vielmehr Interesse am »Kapital« wecken und einen Leitfaden liefern,

der beim Verständnis der komplexen Marxschen Gedankenwelt hilft. Dem Autor gelingt es dabei, mit der nötigen Sachlichkeit, fast spielerisch in die Grundbegriffe des Marxschen Denkens einzuführen. Heinrich erklärt, warum Marx seine Analyse des Kapitalismus mit der Ware beginnt. Er macht verständlich was »Tauschwert« und »Gebrauchswert« bedeutet und was es eigentlich mit dem »Waren-Fetisch« auf sich hat. Komplexe Zusammenhänge zwischen Kategorien wie »Zins«, »Profit« und »Kredit« versteht Heinrich auch für »Marx-Anfänger« begreifbar zu machen. Nebenbei räumt er mit einigen gängigen Vorurteilen gegenüber dem Marxschen Werk auf. Er verdeutlicht, warum die »Dialektische Methode« keineswegs eine marxistische Wunderwaffe ist und warum Marx sich zu Lebzeiten immer dagegen verwehrt hat, ein »Marxist« zu sein. Heinrichs Lesart des Marxschen Werkes hat mit dem traditionellen »weltanschaulichen« Marxismus wie er im Realsozialismus praktiziert wurde, kaum etwas gemein. Trotzdem (oder besser: gerade deswegen) wird durch seine undogmatische Darstellung die fundamentale Kritik von Karl Marx an der bürgerlichen Gesell-



schaft deutlich heraus gestellt. Heinrich zeigt mit Marx, warum der Kapitalismus eine grundsätzliche falsche und schädliche Art und Weise darstellt, menschliches Zusammenleben zu organisieren. Sein Buch ist *die* übersichtliche Einführungs-Lektüre, für alle die sich mit dem Marx'schen Werk beschäftigen wollen.

### **Grundzüge der Marx'schen Kapitalismustheorie (Christian Iber)**

Eine ausführlichere Interpretation des Marx'schen Denkens bietet Christian Iber. Der Wissenschaftliche Mitarbeiter am Philosophischen Institut der FU hat eine Vorlesung, die er im Wintersemester 2003/2004 gehalten hat, als Buch herausgebracht. Darin möchte er die Marx'sche Kritik an der kapitalistischen Vergesellschaftung in ihren Grundzügen darstellen und konzentriert sich dabei auf den ersten Band des Kapitals. Christian Iber hält fest, dass »Marx der einzige Denker ist,

der sich auf den Kapitalismus theoretisch wirklich eingelassen hat und ihm auf den Grund gehen wollte«. Der Autor möchte die von Marx im ersten Band des »Kapitals« geleisteten Grundzüge einer Kapitalismustheorie nachzeichnen und erläutern. Er stellt dabei zwei Hauptthesen Marxens in den Vordergrund: Erstens: »Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist unversöhnlich, weswegen Lohnarbeit im Dienste des Kapital unvereinbar mit einem guten Leben ist«. Und zweitens: »Der Kapitalismus ist nicht reformierbar«. Iber zeigt, dass es Marx darum ging, eine Kritik an der gegenwärtigen (kapitalistischen) Realität der Moderne zu formulieren. Durch eine Analyse der Verhältnisse, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, sollte verdeutlicht werden, warum die Unvernunft und Falschheit dieser Strukturen unweigerlich zu einer Schädigung der materiellen Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen führt. Im Kapitalismus, so wolle Marx deutlich machen, geht es beim Produzieren nicht primär um ein gutes Leben und die Befriedigung von Bedürfnissen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, sondern um Wert und Tauschwert. Die politischen Formen Freiheit, Gleichheit und Eigentum, kennzeichne Marx, als Formen, in denen sich die ökonomische Herrschaft des Kapitals über die Arbeit vollzieht. Iber bemüht sich in seinem Buch explizit um eine undogmatische Darstellung der Marx'schen Kapitalismustheorie. Dabei ist es ihm wichtig, eine Unterscheidung zu machen, zwischen der Marx'schen Theorie und dem traditionellen Marxismus. Nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« sei es an der Zeit Marx nicht länger als Begründer einer marxistischen Weltanschauung, sondern als Wissenschaftler und Philosoph zu begreifen.

Christian Iber gelingt es die »Kritik der politischen Ökonomie« in ihrer Tiefe und Schärfe darzustellen und trotzdem allgemein verständlich zu bleiben. In seinem übersichtlich gegliederten Buch führt er

der sich auf den Kapitalismus theoretisch wirklich eingelassen hat und ihm auf den Grund gehen wollte«. Der Autor möchte die von Marx im ersten Band des »Kapitals« geleisteten Grundzüge einer Kapitalismustheorie nachzeichnen und erläutern. Er stellt dabei zwei Hauptthesen Marxens in den Vordergrund: Erstens: »Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital ist unversöhnlich, weswegen Lohnarbeit im Dienste des Kapital unvereinbar mit einem guten Leben ist«. Und zweitens: »Der Kapitalismus ist nicht reformierbar«. Iber zeigt, dass es Marx darum ging, eine Kritik an der gegenwärtigen (kapitalistischen) Realität der Moderne zu formulieren. Durch eine Analyse der Verhältnisse, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, sollte verdeutlicht werden, warum die Unvernunft und Falschheit dieser Strukturen unweigerlich zu einer Schädigung der materiellen Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen führt. Im Kapitalismus, so wolle Marx deutlich machen, geht es beim Produzieren nicht primär um ein gutes Leben und die Befriedigung von Bedürfnissen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, sondern um Wert und Tauschwert. Die politischen Formen Freiheit, Gleichheit und Eigentum, kennzeichne Marx, als Formen, in denen sich die ökonomische Herrschaft des Kapitals über die Arbeit vollzieht. Iber bemüht sich in seinem Buch explizit um eine undogmatische Darstellung der Marx'schen Kapitalismustheorie. Dabei ist es ihm wichtig, eine Unterscheidung zu machen, zwischen der Marx'schen Theorie und dem traditionellen Marxismus. Nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« sei es an der Zeit Marx nicht länger als Begründer einer marxistischen Weltanschauung, sondern als Wissenschaftler und Philosoph zu begreifen.



Schritt für Schritt durch den umfangreichen ersten Band des »Kapitals« und erläutert das Marx'sche Analysevorhaben. Die überzeugende Art der Darstellung, verbunden mit der nötigen Schärfe in der Argumentation, machen Ibers Buch zu *dem* Standardwerk zum ersten Band des Kapitals. Die »Grundzüge der Marx'schen Kapitalismustheorie« eignen sich sowohl als Sekundärtext zur Kapital-Lektüre als auch zum Vertiefen und Nachschlagen für fortgeschrittene Marx-Leser. Bleibt eigentlich nur zu hoffen, dass Christian Iber die Vorlesung, die dem Buch zugrunde liegt, bald wiederholt, um im dann darauf folgenden Semester eine Veranstaltung zum zweiten und dritten Band des »Kapitals« anzuschließen.

### **Das Kapital neu lesen – Beiträge zu einer radikalen Philosophie**

Bei diesem von Frieder Otto Wolf (Privatdozent am Philosophischen Institut der FU) und anderen herausgegeben Buch handelt es sich um einen Sammelband. Viele der Texte wurden von Autoren aus dem Umfeld der »Neuen Marx-Lektüre-Bewegung« an der FU geschrieben. Aus diesem Dunstkreis sind neben den Herausgebern Frieder Otto Wolf, Jan Hoff und Ingo Stützel auch Ingo Elbe, Christian Iber, Dennis Kirchhoff und Alexander C. Reutlinger vertreten. Ergänzt werden diese Beiträge von Texten teilweise international renommierter »Kapital-Kenner« wie Alexander Gallas, Jaques Bidet oder Richard D. Wolff. Selbsterklärtes Ziel der Herausgeber ist es, »Bausteine für eine theoretische Zwischenbilanz einer neuen Kapital-Lektüre« vorzulegen. Sie machen den Vorschlag das Kapital neu zu lesen, abseits der verengten Lesart der traditionellen Marxismen. Marx sei jedoch nicht einfach ein weiterer Klassiker, dessen Werk nur im Kontext seiner Zeit Erkenntnisse verspricht. Im Gegenteil, die Autoren weisen auf die Aktualität des Marx'schen Werkes gerade auch für das 21. Jahrhundert hin. Keineswegs ginge es jedoch darum, neue marxistische Orthodoxien oder wissenschaftliche Weltanschauungen aufzubauen. Vielmehr sei die Marx'sche Kapitalismustheorie als

ergiebiger theoretischer Werkzeugkasten zu verstehen, der auch heute unabdingbar sei, um eine »emanzipative gesellschaftspolitische Praxis« zu unterstützen oder in Gang zu setzen. Der Unmut über den aktuellen Zustand der Welt, sei der Nährboden für eine neue Auseinandersetzung mit der marx'schen Theorie. Wie bei einem Sammelband nicht anders zu erwarten, wird ein breites Themenfeld der »Neuen Marx-Lektüre« abgesteckt. Gerade die Beiträge der ausländischen Autoren versprechen einen Einblick in die Debatten die außerhalb Deutschlands über das Marx'sche Werk geführt werden. Da die Lektüre von »Das Kapital neu lesen« ein umfangreiches Grundwissen über die Marx'sche Theorie voraussetzt, ist sie leider nur für fortgeschrittene Marx-Leser ein echter Gewinn. Diese sollten sich das Buch jedoch keinesfalls entgehen lassen.

*Heinrich, Michael: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, Schmetterling Verlag 2006 (4. Auflage), Stuttgart. (10 Euro)*

*Iber, Christian: Grundzüge der Marx'schen Kapitalismustheorie, Parerga Verlag 2005, Berlin. (27,80 Euro)*

*Wolf, Frieder Otto u.a. [Hrsg]: Das Kapital neu lesen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Verlag Westfälisches Dampfboot 2006, Münster. (27,90 Euro)*

### **Selber das Kapital (neu) lesen**

Frieder Otto Wolf bietet jedes Semester zusammen mit studentischen Tutoren einen Kapital-Lektüre-Kurs am Philosophischen Institut der FU an. Hier besteht die Chance in entspannter Atmosphäre gemeinsam den ersten Band des »Kapitals« zu lesen. Lernerfolg garantiert, ohne belehrt zu werden. Studierende der Philosophie haben die Möglichkeit, einen Schein bzw. Punkte zu erwerben. Das Seminar wird rechtzeitig zum neuen Semester im KVV des Instituts für Philosophie angekündigt.

# »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen«

von hannes strobel

*»Warum sollte man sich Gedanken über Alternativen zum herrschenden Kapitalismus machen? Der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts ist doch in den Gedanken der Herrschenden, die auch die herrschenden Gedanken sind, «ein erfolgreiches System», das eine «große Sogwirkung» entfaltet.«*

Diese Frage steht am Anfang der Einleitung zu Elmar Altvaters kürzlich erschienenem Buch »Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik«. Der erst jüngst emeritierte Politikwissenschaftler des Otto-Suhr-Instituts der FU macht deutlich, dass diese Eingangsfrage nur eine rhetorische sein kann. Mit dem Verweis auf das beispiellose Elend innerhalb des »real existierenden Kapitalismus« gibt er zu verstehen, warum er dieser Form der Vergesellschaftung eine klare Absage erteilt. Alt Vater zeigt auf, dass in der kapitalistischen Weltgesellschaft trotz immens anwachsendem Reichtum an Gütern die produziert werden, »das Heer der Armen« täglich anwächst. Hunger, Krieg und Massenelend, soziale Not und Umweltzerstörungen, seien der ständige Begleiter der »Marktwirtschaft«. Der Kapitalismus sei jedoch nicht deshalb schädlich für die Mehrheit der Menschen, weil er nicht gut genug funktioniere, sondern gerade weil er so gut funktioniere. Die kapitalistische Produktionsweise sei als »System der quantitativen Ungleichheitsproduktion«

zu begreifen, bei dem die einen mehr produzieren würden als sie zurückbekommen, während die Überschüsse von anderen angeeignet werden. Eigentum und Aneignung auf der einen Seite stünden folglich immer Ausbeutung und Enteignung auf der anderen Seite gegenüber.

## **Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und die Suche nach Alternativen**

Die Tatsache, dass so viele Menschen in der kapitalistischen Weltgesellschaft Schaden nehmen, sei aber nicht auf die moralische Unaufrichtigkeit einzelner Manager zurückzuführen. Deshalb sei es wichtig, die Kritik am Kapitalismus nicht auf die Denunziation einzelner »Heuschrecken« zu beschränken, sondern die Gesellschaftsform als Ganzes ins Visier zu nehmen. Alt Vater macht deutlich, dass der weit verbreitete Glaube an ein »Ende der Geschichte« und die angebliche Alternativlosigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse falsch sei. Schließlich habe die Menschheit 99 Prozent der Geschichte unter nicht-kapitalistischen Verhältnissen gelebt und gearbeitet. Die

Geschichte sei offen für Produktionsbedingungen und Lebensweisen jenseits des Kapitalismus und eine andere Welt sei möglich und erstrebenswert. Altwater möchte in seinem Buch deshalb nach den Grenzen der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung suchen und auf darüber hinausreichende Alternativen hinweisen.

### **Von Fernand Braudel und der Trinitarischen Kongruenz**

Der theoretische Leitfaden in Altwaters »Das Ende des Kapitalismus« besteht aus zwei Grundthesen. These Nummer eins entlehnt der Politologe dem französischen Historiker Fernand Braudel, der zweiten These unterstellt er eine »Trinitarische Kongruenz« der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Braudelsche These vom Ende des Kapitalismus besagt, dass dieser nicht alleine in sich zusammenfallen wird, wie etwa der »real existierende Sozialismus«, sondern dass es zweierlei erfordern wird, um ihn zu überwinden. Erstens: Ein heftiger Stoß der von außen kommt und zweitens, eine glaubwürdige Alternative, die im Innern der kapitalistischen Gesellschaft heranwächst. Altwaters zweite These von der »Trinitarischen Kongruenz« umschreibt die moderne kapitalistische Gesellschaft als eine historisch

einmalige »Dreifaltigkeit« von europäischer Rationalität, fossilen Energieträgern (also Kohle, Öl und Gas) und kapitalistischen Formen. Das Zusammenwirken dieser drei Elemente habe eine historisch spezifische Form der Vergesellschaftung hervorgebracht. Die europäische Rationalität nehme heute in Form der modernen Industrie materielle Gestalt an, denn dank Profit und Konkurrenz werde die ausreichende Dynamik stimuliert und mit den fossilen Energieträgern stehe der nötige Treibstoff zur Verfügung. Dies habe im modernen Kapitalismus zu einer einmaligen Beschleunigung aller ökonomischen und sozialen Prozesse geführt. Besonders betont Altwater die maßgebliche Rolle der fossilen Energieträger. Die Industrielle Revolution sei zugleich eine fossile Revolution gewesen. Ohne die historische Verbindung zwischen Kapitalismus und Fossilismus wäre eine Steigerung der Produktivkräfte im selben Maße nicht möglich gewesen. Altwater kann rückblickend zeigen, dass die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, tatsächlich ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe nicht möglich gewesen wäre. Schon früh, so zeigt der Politikwissenschaftler, wurde der Kapitalismus unweigerlich »fossilistisch« und ist bis heute maßgeblich auf Öl, Kohle und Gas angewiesen. Diese Abhängigkeit,

**Johannes-Agnoli-Institut** ♣  
★ für Kritik der Politik ★

**OTTO - SUNR - INSTITUT**  
**AN DER**  
**FREIEN UNIVERSITÄT**  
**BERLIN**  
VORM. DEUTSCHE HOCHSCHULE FÜR POLITIK

so Altvater, sei aber auch das, was dieser Gesellschaftsformation unweigerlich zum Verhängnis werde. Der Politologe kann überzeugend belegen, dass sich die Aussage »der Menschheit geht das Öl aus«, schon in naher Zukunft bewahrheiten wird. An dieser Stelle führt Altvater seine beiden Hauptthesen zusammen: Die allmähliche Verknappungen der fossilen Energieträger sei der Stoß von Außen, der den Kapitalismus ins Wanken bringt, von dem Braudel gesprochen hat. Die Produktions- und Konsumtionsstrukturen im

Kapitalismus seien in Gänze auf das fossile Energiereregime zugeschnitten, mit erneuerbaren Energieträgern sei das Tempo der kapitalistischen Akkumulation deshalb nicht zu halten. Eine sich auf Sonnenenergie stützende, solare Gesellschaft sei deshalb unter kapitalistischen

Verhältnissen schlicht unmöglich. Das Überschreiten des »peakoil« (Ölfördermaximum) stelle deshalb den nötigen externen Schock dar, um den Kapitalismus zu überwinden. Doch dieser Stoß alleine sei nicht ausreichend, es bedürfe zusätzlich glaubwürdiger Alternativen im Innern der Gesellschaft um eine bessere Welt als die bestehende zu errichten.

### **Solidarische Ökonomie - Glaubwürdige Alternativen im Innern der Gesellschaft**

Welche Gestalt haben die Alternativen, die innerhalb des Kapitalismus heranwachsen und was macht sie glaubwürdig? Altvater fasst sie unter dem Begriff der »solidarischen Ökonomie« zusammen. Zu einer glaubwürdigen Alternative werde die »solidarische Ökonomie« vor allem

deshalb, weil sie im Gegensatz zum Kapitalismus, nicht auf fossile Energieträger angewiesen sei. Mithilfe der Formen solidarischer Ökonomie sei deshalb der Übergang zu einer besseren solaren Gesellschaft möglich. Um jedoch verstehen zu können, was eine Gesellschaft, die auf solidarischer Ökonomie basiert, von bisher gekannten Gesellschaften unterscheidet, seien einige theoretische Vorüberlegungen nötig. Altvater grenzt deshalb die Leitidee der »Solidarität« von anderen Grundprinzipien ab.

### **Solidarität statt Äquivalenz und Redistribution**

»Äquivalenz« beschreibt Altvater als das vorherrschende Prinzip in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Austausch von Äquivalenten sei die grundlegende Form der gesellschaftlichen Vermittlung im Kapitalismus, die auf der formellen Freiheit und Gleichheit der einzelnen Individuen basiere; mit den bekannten verheerenden Folgen für die Mehrheit der Menschen. Denn, so Altvater: »Ungleichheit folgt unter kapitalistischen Bedingungen aus Gleichheit«. Als »Redistribution« beschreibt Altvater das bestimmende Prinzip im einst »real existierenden Sozialismus«. Darunter sei eine hierarchisch organisierte Verteilung von Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft zu verstehen. Dieses Prinzip könne aber nur in einer kleinen überschaubaren Gesellschaft einigermaßen funktionieren, sei aber kein Rezept für eine globalisierte Welt. Der Politikwissenschaftler folgert deshalb: »Eine Planwirtschaft ist also keine Lösung, selbst wenn sie erstrebenswert wäre.« Sowohl dem Prinzip der »Äquivalenz« als auch dem der »Redistribution« erteilt Altvater deshalb eine Absage und stellt ihnen das Prinzip der »Solidarität« gegenüber. Denn eine bessere Welt könne nur mit einer »breiten Beteiligung von unten« entstehen. So bedürfe es eines revolutionären Prozesses, um die den Kapitalismus charakterisierenden sozialen Formen zu überwinden. Dieser könne jedoch nicht in akademischen oder politischen Zirkeln entworfen werden. Ein Systemwechsel sei nur durch die politische, so-



ziale und ökonomische Praxis der Menschen aus den sozialen Bewegungen möglich.

### **Ansätze solidarischer Ökonomie im real existierenden Kapitalismus**

Formen der solidarischen Ökonomie finden sich bereits in der heutigen Gesellschaft, so Altvater. Er fasst darunter große Teile des so genannten dritten Sektors oder »Non-Profit-Sektor«. Demnach seien Genossenschaften, Selbsthilfegruppen, gemeinnützige Stiftungen, Tauschringe usw. gleichermaßen Keimzellen einer neuen solidarischen Ökonomie. Denn bei diesen Formen des Wirtschaftens gelte statt des kapitalistischen Äquivalenzprinzips ein Prinzip der kollektiven Solidarität. Es sei deshalb wünschenswert, weiter an der Herausbildung kollektiver Organisationsformen und Handlungsstrategien zu arbeiten und mittelfristig eine Verknüpfung zwischen den verschiedenen Ebenen der solidarischen Ökonomie herzustellen. Dabei sei es wichtig, Bildungsanstrengungen zu fördern, um so ein »empowerment« der Akteure zu unterstützen. Altvater verweist dabei auch auf die jüngsten Entwicklungen in Lateinamerika, speziell in Venezuela und Brasilien. Dort seien die Bemühungen um solidarische gesellschaftliche Alternativen bereits viel weiter gediehen als in Europa. Solidarische Ökonomie, so Altvater, müsse als eine radikale weil praktische Kritik des Kapitalismus verstanden werden. Ob sich dieser jedoch letztendlich damit überwinden lasse, könne nur die Zukunft zeigen.

### **Stärken und Schwächen von »Das Ende des Kapitalismus«**

Altvater zeigt in seinem Buch zumeist Altbekanntes auf. Dass die kapitalistische Gesellschaft grundsätzlich eine unvernünftige Geschichte ist und unweigerlich erheblichen Schaden an den materiellen Lebensinteressen der meisten Menschen verursacht, kann nicht ernsthaft bestritten werden. Doch in diesem Punkt wollte der Autor auch sicher nicht das »Rad neu erfinden«. Auch nicht neu, aber selten so anschaulich gemacht,

sind seine Ausführungen zum Ende des Ölregimes. Die Tatsache, dass die fossilen Brennstoffe in naher Zukunft zur Neige gehen, wird von vielen Apologeten der »Marktwirtschaft« ja vehement in Abrede gestellt. Altvaters spezifischer Beitrag besteht in den zwei Thesen, die den Leitfaden zu seinem Buch bilden. Leider liegen aber genau hier auch die Schwächen von »Das Ende des Kapitalismus«. Die von Fernand Braudel entlehnte These von einem möglichen Ende der kapitalistischen Gesellschaft bleibt durchgehend nur eine These und wird nicht näher begründet. Hier wäre es angebracht gewesen, zu erläutern, warum es eines Stoßes von Außen bedarf, um die kapitalistische Gesellschaft aufzulösen. Gerade die vermeintliche Tatsache, dass es überhaupt ein »Außen« im Kapitalismus geben soll, wird von Autoren vehement bestritten. Die zweite These von der »Trinitarischen Kongruenz« bleibt spekulativ. Warum der fossile Kapitalismus kein solarer Kapitalismus werden kann, vermag Altvater nicht überzeugend darzulegen. Mit der These, nur eine solidarische Gesellschaft könne das Ende des Ölzeitalters überleben, versteigt sich der Politikwissenschaftler in eine geschichtsdeterministische Argumentationsweise.

Äußerst positiv anzumerken bleibt, dass Altvater die Chancen, aber auch die Fallstricke von »real existierenden« Formen solidarischer Ökonomie herausstellt. Auch sein »Schwenker nach Lateinamerika« und sein Ausblick in eine mögliche Zukunft solidarischer Ökonomie sind informativ. Völlig unverständlich bleibt allerdings, warum er per se allen Formen des Wirtschaftens aus dem Non-Profit-Bereich emanzipatorisches Potential zuerkennt. Im Falle bspw. der »Tauschringe« erscheint dies als äußerst zweifelhaft. Alles in allem ist Altvaters Buch zwar nicht ohne Schwächen aber durchaus wert, einen Blick zu riskieren. Von den Büchern welcher FU-Professoren kann das heute noch gesagt werden?

*Elmar Altvater: »Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik.« Westfälisches Dampfboot, 2006*

# Der Superzöllner kassiert

von daniél kretschmar

Die Wiederauflage der SPD/PDS-Koalition im Land Berlin hat mit dem bisherigen rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister Jürgen Zöllner einen kapitalen Fang gemacht.



**E**r ist die Nummer 1. In einer (nicht repräsentativen) Umfrage unter rund 2000 HochschullehrerInnen konnte Jürgen Zöllner in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal den Spitzenplatz als beliebtester Wissenschaftsminister im Ländervergleich erringen. Der wohl profilierteste Bildungs- und Wissenschaftspolitiker der SPD ist seit in-

zwischen 15 Jahren in Rheinland-Pfalz im Amt und könnte sich, 61-jährig, so langsam zufriedenen in den Ohrensessel sinken lassen. Aber nein, Großes harret seiner. Berlin braucht ihn; die berliner SPD vor allem, denn mit dem bisherigen Amtsinhaber hat es nicht so gut geklappt.

Es heißt, Klaus Wowereit und Thomas Flierl seien sich nicht »grün« gewesen, die »Chemie« habe nicht gestimmt, und so war der Abschied des letzteren eine der Bedingungen für die Fortführung der Koalition in Berlin. Politik, so sachorientiert, dass es im Gebälk gar hef-

tig knacken tut. Ob in den Hochschulleitungen nun das große Zittern angesichts des Nachfolgers des gelangweilten Kultursenators beginnt? Für den immer leicht weltabgewandt wirkenden Intellektuellendarsteller waren die Hochschulen die ungeliebte Zugabe zum Ressort, verzichtbarer Tand, der jedoch nicht schlecht mit dem demonstrativen Desinteresse der Administration fuhr. Der Senator hatte keinen Plan, keinen Willen, ja, rein gar nichts erkennen lassen, was in den Präsidialbüros in Mitte, Dahlem oder sonstwo irgendwen hätte einschüchtern können.

Zöllner hingegen... Der Mann kommt vom Fach. Medizinprofessor, Hochschulrektor a.D., amtierender Minister, gremienverfahren, verhandlungsfest, respektiert allerorten, und vor allem hat er eine Vision (obwohl dieser Begriff vielleicht irreführt, der Mann ist schließlich seit 34 Jahren Sozialdemokrat.). Was will er in Berlin? Wenn er überhaupt im eigentlichen Sinne will: die Personaldecke der SPD ist dünn und ein zumindest vorgeblich wichtiges Amt wie das des Senators für Wissenschaft und Bildung mal eben kompetent besetzen zu müssen, fordert die Kreativität des Apparates. Parteichef Kurt Beck fädelt

auf dem kurzen Dienstweg eine Personalrochade ein, mit der er, im Nebenberuf Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, seinen Vertrauten Zöllner nach Berlin holt. Voilà, es ist angerichtet. Aber was genau? Zöllner eilt der Ruf des herausragenden Akademikers und erfolgreichen Politikers voraus. Im Zuge der Föderalismusreform hat er sich zusätzliche Meriten als Diplomat im Auftrage sowohl der Partei als auch der Länderinteressen verdient. Zuallererst aber hat er bisher zu jeder Reformidee im Hochschulwesen eine ganz spezielle Variante, eine Art Zöllner-Spin präsentiert, der häufig den Eindruck erweckte, er sei den anderen (links wie rechts) einen Schritt voraus.

**»Der Feind des Guten ist das noch Bessere! Und dem noch Besseren sind wir alle verpflichtet.«**

Jürgen Zöllner hat seit Mitte der 90er Jahre ein ganz eigenes Modell der individualisierten Studienfinanzierung entwickelt, das Studienkontenmodell. Kurz gesagt handelt es sich um einen Gutschein, der bei Aufnahme des ersten (!) Stu-

diums 200 (+/-) Semesterwochenstunden zur Abbuchung bereithält, die in einer vorgegebenen Zeit kostenfrei verbraucht werden können; da-

nach muss der/die Studierende den Verbrauch an der Ware Bildung bezahlen. Der Minister wird nicht müde zu betonen, dass es dabei um die Vermeidung von Studiengebühren geht, nicht um ihre Einführung, was inzwischen kaum noch jemand in Zweifel zieht. Zöllner wird bundesweit als letzter Verfechter des gebührenfreien Studiums apostrophiert. Auf diese Idee hätte 1998 mal jemand kommen sol-

len. Was genau das Gute an Studiengebühren ist, erschließt sich nicht (Lesen Sie bitte die einschlägigen, hoffentlich an jeder Ecke erhältlichen Flugschriften zum Thema!). Warum dann aber Gebühren auf der Hintertreppe besser sein sollen, kann niemand schlüssig erklären. Warum ein gebührenfreies Studium hingegen gut, wenn nicht gar die beste Idee ist, erschließt sich sofort (Lesen Sie bitte usw.). Warum es dann aber einer Verbesserung durch die Gebührendrohung, die das Studienkontenmodell zweifellos enthält, bedarf, bleibt schleierhaft. Das schlagkräftigste



(nicht das vernünftigste) Argument für die Konten ist die Angst vor den überall drohenden allgemeinen Gebühren. Zöllner hat schlicht das kleinere Übel parat. Warfen ihm einst zumeist linke KritikerInnen gewohnt analytisch korrekt und ebenso wirkungslos vor, das Studienkontenmodell fördere die Einführung allgemeiner Gebühren, sieht Zöllner sich jetzt mit der Situation konfrontiert, dass die Gebühren in mehreren Ländern bereits beschlossen sind und sein Modell dadurch nicht mehr gar so innovativ daherkommt, dafür allerdings gegen die sonstige Abzocke direkt human erscheint, jedoch einige gar nicht so überraschende praktische Schwächen aufweist. Was einen fahlen Lichtschein auf seinen Wechsel nach Berlin wirft.

Das wesentliche Problem aller Landesregelungen jenseits der Einführung allgemeiner Studiengebühren ist die Tatsache, dass sie nicht funktionieren können, wenn nicht alle mitmachen. Bekanntermaßen gibt es Länder, die sehr bald allgemeine Gebühren erheben werden und andere, die das nicht tun werden. Preisfrage: Welche dieser Länder werden (zumindest kurzfristig) den höchsten Zuwachs an Studierenden und damit natürlich auch Kosten haben? Das müsste der Moment sein, wo ein Mann von Zöllners Schlag die Landeshoheit in Bildungsfragen zum

Teufel wünschen müsste. Vielleicht macht er das im stillen Kämmerlein auch, öffentlich aber spielt er seinen letzten Trumpf aus: den Vorteilsausgleich. Länder, die Studienplätze über den eigenen »Absolventenbedarf« anbieten sollen von den anderen Bundesländern, respektive dem Bund Ausgleichszahlungen zur Ausfinanzierung der fakultativ vorgehaltenen Studienplätze erhalten. Der Schönheitsfehler an dem Vorschlag: Warum sollten die Länder mit Abwanderung potentieller AkademikerInnen sich darauf einlassen? Es folgt der letzte Zug zur Verteidigung des Studienkontenmodells: die Landeskinderregelung. Nochmal: Landeskinderregelung. Es handelt sich dabei um die Konstruktion eines »Bildungsinländertums« auf Bundesländerebene. Konkret heißt das: wer aus fm Dorf kommt, kann im Rahmen des Kontenmodells im Dorf Schmied lernen, wer ausm andern Dorf kommt, muss gleich zahlen. Doch auch hier tut sich ein Problem auf: Hamburg ist mit einer ähnlichen Regelung vor Gericht glorios gescheitert. Ein Student hatte gegen die Erhebung einer wohnortsindizierten Gebühr geklagt und gewonnen. Interessanter Problemlösungsansatz: Statt den Murks ad acta zu legen, ist man gleich zur Erhebung allgemeiner Studiengebühren übergegangen. Es lohnt sich durchaus, darauf zu achten,



gegen wen Prozesse so gewonnen werden! In Bremen bahnt sich das gleiche Spektakel an, in Rheinland-Pfalz jedoch wird die entsprechende Regelung gerade durch die parlamentarischen Gremien geschleust; eine erwiesenermaßen verfassungswidrige und unpraktikable Regelung, unterschrieben von Jürgen Zöllner. Wird Berlin seine Zuflucht vor den zu erwartenden Problemen? Wenn der Schuss mal nicht nach hinten losgeht.

Die schönste Kritik zu Studienkonten steht übrigens in einem Papier der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHK): »Die geplanten Studienkonten lehnen die vier rheinland-pfälzischen IHKs ab, da sie Studierende benachteilige, die während des Studiums in ein anderes Bundesland wechseln.« Sehr gut beobachtet, eins, setzen!

»Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Studium und Lehre aus der Sicht der Studierenden wie der Lehrenden eine wechselseitige Verpflichtung beinhalten und eine gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit darstellen.«

Jürgen Zöllner redet gerne über, seltener mit Studierenden. Die Studierendenschaften in Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen Jahren, insbesondere zur Novelle des dortigen Landeshochschulgesetzes in 2003, immer wieder beklagt, dass ihre Beteiligung an den Entscheidungsprozessen offenbar nicht erwünscht sei. Interessierte können schon mal anfangen, Papiere, Gesetze, Entwürfe und Rechtsverordnungen aus dem fernen Süd-Westen der Bundesrepublik zu studieren. Es lohnt sich durchaus, hatte der dienstälteste Wissenschaftsminister der Bundesrepublik doch hinreichend Zeit, seine Vision einer funktionierenden Hochschullandschaft umzusetzen. Sehr innovativ das alles, natürlich mit Zöllner-Spin. Die Hochschulhaushalte sind nicht im gewohnten Sinne autonom verwaltet, jedoch flexibel. Dass heißt, das Land gibt Kennzahlen vor, die erreicht werden sollen, wozu die einzelnen Haushaltsposten sich weitestgehend gegenseitig decken können. Die Leistungsvergabe ist leistungsbezogen, sonst bräuchte es ja

auch keine Kennzahlen. Die Hochschulleitungen sind straff organisiert, der Gremieneinfluss ist zurückgedrängt, der Hochschulrat (eine Art Kuratorium) ist hochkarätig besetzt und hat weitgehende Mitspracherechte. Studierende haben in dieser Verantwortungskette kaum Möglichkeiten einzugreifen oder sich überhaupt Gehör zu verschaffen. Der Minister selbst hat sich landesgesetzlich neben der Rechtsaufsicht noch die eine oder andere Fußangel legen lassen, über die er steuernd eingreifen kann:

»Verantwortung meine ich hier ausdrücklich nicht als Einbahnstraße, sondern als wechselseitige Beziehung zwischen Hochschule einerseits sowie Staat und Gesellschaft andererseits.«

Klartext: Autonomie ist gut, Kontrolle ist besser. Das gleiche Prinzip gilt selbstverständlich für die Beaufsichtigung des Studierverhaltens der Landes- und anderer Kinder. Ein Schelm, wer da gleich an die Studienkonten und Zwangsberatungen denkt.

Jürgen Zöllner war in den vergangenen Jahren die prägende Figur hochschulpolitischer Praxis in der SPD und hat bewiesen, dass das kleinere Übel nur der Vorbote des größeren ist und dass sich beide häufig zum Verwechseln ähnlich sind. Ob der frischgebackene Senator irgendetwas in Berlin bewegen kann, hängt natürlich nicht allein von ihm ab. Zöllner ist zum Beispiel dringender Verfechter des Verbleibs aller Gebühren an den Hochschulen. Die Diskussionen mit Thilo Sarrazin werden sicher recht erbaulich werden. Daneben darf nicht vergessen werden, dass das regelmäßig in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geratende Schulsystem der Stadt auch in seiner Verantwortung liegt.

Von einem Traumjob kann recht eigentlich nicht die Rede sein, von allzu großem Mitleid mit Jürgen Zöllner ist trotzdem abzuraten.

*Zitate aus Zöllner-Reden der letzten 3 Jahre.*

*Abdruck mit freundlicher Genehmigung der buch!*

# Studis in der Datenfalle

von tanja stein

Nach einem anfänglichen Höhenflug des Studierenden-Netzwerkes StudiVZ bröckelt mittlerweile die Fassade der Online-Plattform. Domain-Grabbing, sexuelle Belästigung, Nazi-Witze und Probleme mit dem Datenschutz bringen StudiVZ in Verruf.

**S**tudiVZ ist ein soziales Internet-Netzwerk, in dem sich Studierende, Dozentinnen und Dozenten, sowie ehemalige Uni-Angehörige »vernetzen« können. Dieses kann folgendermaßen ablaufen: Die Studierenden können sich bei StudiVZ anmelden und ein »Benutzerprofil« anlegen. Dort können sie neben Angaben zum Studiengang oder den derzeit besuchten Veranstaltungen auch private Einzelheiten veröffentlichen, wie das Alter, der Adresse, Hobbies oder besondere Vorlieben. Außerdem können Fotoalben mit Privataufnahmen online gestellt werden. Die registrierten Benutzerinnen und Benutzer können sich daraufhin mit ihren »Freunden« vernetzen, weitere Kontakte knüpfen, Informationen austauschen oder in eine der zahlreich existierenden Gruppen eintreten.

Vor einem Jahr, im Oktober 2005, wurde das »Studiverzeichnis« von Ehssan Dariani und Dennis Bemmann gegründet. Innerhalb dieses Jahres fand die Plattform ungeheuren Zuwachs. Allein durch Mund-zu-Mund Propaganda vergrößerte sich StudiVZ auf eine Million registrierte Nutzerinnen und Nutzer. Seit September 2006 ist die Corporate-Venture-Capital-Tochter der Verlagsgruppe Holtzbrinck Hauptinves-

tor des Projekts. Das StudiVZ erinnert stark an eine deutsche Version des amerikanischen Netzwerkes Facebook<sup>1</sup>. »Die Ähnlichkeiten im Design sind frappierend. Die systeminternen Fehlermeldungen, die überraschend freimütig das Wort »fakebook« enthalten, legen den Schluss nahe, dass auch den Machern der Seite diese Ähnlichkeit durchaus bewusst ist.«<sup>2</sup>

Die Vernetzung von Studierenden ist an sich keine schlechte Sache, doch zeigte sich schnell, dass StudiVZ alles andere als eine professionell aufgebaute Plattform ist. In den vergangenen Monaten häuften sich die Skandale rund um das Studiverzeichnis. Und die Menge an Datenschutzmängeln nimmt mittlerweile ein trauriges Ausmaß an.

## Mangelhafter Datenschutz

Ein kleiner Skandal wurde von dem Blogger Jörg-Olaf Schäfers<sup>3</sup> aufgedeckt. Er zeigte, dass auch ohne Hacker-Kenntnisse jede Person, die einen StudiVZ-Profil hat, sich Zugang zu privaten Dateien beschaffen kann. So können Bilder oder Informationen, die von der/dem StudiVZ-BenutzerIn als privat und explizit nicht öffentlich gespeichert sind, von jeder x-beliebigen Person eingesehen werden. Es genügte dazu eine

leichte Änderung der URL des gesperrten Profils. Auch Fotos, die nur für die Besitzerin oder den Besitzer in der Plattform sichtbar sein sollten<sup>4</sup>, können schnell eingesehen werden.

Ein weiteres Problem stellen wiederum die in StudiVZ veröffentlichten Bilder dar. Denn jede registrierte Person kann Fotos in sein Profil integrieren, die unter Umständen nicht nur sich selbst zeigen. So besteht bei jedem Bild, das mehrere Personen zeigt, die Möglichkeit, dass die Rechte der abgebildeten Personen verletzt werden. Nach dem Gesetz hat jede/r das »Recht am eigenen Bild«, ein Foto darf also nicht ohne Erlaubnis der abgebildeten Personen im Internet veröffentlicht werden. Doch wer achtet darauf? Ein so großes Projekt hat mit einer nur kleinen Zahl an Angestellten keine Chance, alle Inhalte der Plattform zu kontrollieren, weder Bilder noch Gruppen oder andere Statements.

### **Zweifelhafter Geschäftsmann**

Der Gründer von StudiVZ geriet in letzter Zeit selbst in die Schlagzeilen. Ehssan Dariani gehören beispielsweise die Internet-Domains [www.voelkischer-beobachter.de](http://www.voelkischer-beobachter.de) und [voelkischerbeobachter.de](http://voelkischerbeobachter.de). Im Stil eben dieses »Völkischen Beobachters«, einem nationalsozialistischen Propaganda-Abblatt, erschien auch eine Einladung zu seinem Geburtstag. »Kampfblatt der Vernetzungsbewegung Europas«<sup>5</sup> wurde das genannt, der Reichsadler krallte sich jedoch nicht in das Hakenkreuz, sondern eben in das Logo von StudiVZ. Fraglich nicht nur, warum man auf eine

derartige Weise zu seinem Geburtstag einladen sollte, sondern auch, mit welchem Ansinnen man sich solche Domains kauft.

Des Weiteren fiel er negativ durch seine nächtlichen Filmaktionen auf. Dariani filmte etwa Frauen auf öffentlichen Toiletten und in U-Bahnen und stellte diese Videos im Anschluss in das Online-Videoportal [youtube.com](http://youtube.com).<sup>6</sup> Alles in allem wirft dies ein ziemlich negatives Bild auf den aufstrebenden Geschäftsmann Dariani.

### **Umstrittene Geschäftspraktiken**

Nicht gerade positiv fiel das Unternehmen zudem auf, als öffentlich wurde, dass sich StudiVZ die Internet-Domains der Konkurrenz in anderen Ländern reserviert hat.<sup>7</sup> Das so genannte »Domaingrabbing« ist eine nicht gerade nette Form des wirtschaftlichen Umgangs mit Konkurrenten: Sich selbst nach oben boxen, um je-



den Preis. Ein Mitbegründer des StudiVZ, Michael Brehm, nahm inzwischen die Schuld auf sich und entschuldigte sich in aller Form. Die Domains sollen nun umgehend wieder zum Verkauf freigegeben werden.

### Sexistische Belästigungen

In StudiVZ tümmeln sich jedoch nicht nur nette Organisationen und Studierende, die gerne alle Freunde sind. Wie bekannt wurde, organisierte sich in dem Online-Netzwerk eine sexistische Gruppe, die gezielt Frauen aus StudiVZ herausuchte, um so genannte »Miss-Wahlen«, also Schönheitswettbewerbe, durchzuführen. Dies fand natürlich ohne das Wissen der jeweiligen Betroffenen statt. Teilweise diskutierten sie jedoch nicht nur das Aussehen der Frauen, sondern kannten auch deren Adressen. Die rein männliche Gruppe führte teilweise im Anschluss der Wahlen Aktionen durch, die als »gemeinschaftliche Belästigung und Stalking«<sup>8</sup> bezeichnet werden können.

Etliche der 700 Mitglieder beteiligten sich an den Tätigkeiten der Gruppe und konnten auch nach Hinweisen von einem »StudiVZ-Moderator«, der Beschwerden nachging, nicht nachvollziehen, was den an ihrem Verhalten so falsch sei. Jedoch lässt sich auch an dem Verhalten des Moderators Kritik üben, denn in der E-Mail, in der er den Leiter der Gruppe dazu auffordert, die öffentlich einsehbare Beschreibung der Gruppe zu ändern, fragt er selbst an, ob er in die Gruppe eintreten dürfe.

Die Situation wird dadurch auch nicht verbessert, dass der Pressesprecher von StudiVZ die sexistischen Ausuferungen in dem Portal klein redet: »Auf jedem Uni-Campus

ist es normal, dass sich Studentinnen über Studenten und Studenten über Studentinnen unterhalten. So auch bei StudiVZ.«<sup>9</sup> Denn auch wenn solches Verhalten auch auf dem Campus stattfinden kann, ist es keinesfalls in Ordnung. Eine Distanzierung von sexistischem Verhalten und derartigen Gruppen ist auf jeden Fall angebracht.



## Fragwürdige Gruppen

Die Unkontrollierbarkeit der Plattform führt zu einem weiteren Problem: Es etablieren sich fragwürdige Gruppen. Jede Person hat im StudiVZ die Möglichkeit, eine Gruppe zu gründen. Einige von ihnen können kaum mehr als satirisch oder komisch abgestempelt werden, sondern geben sich offen sexistisch, homophob oder rassistisch. So gibt es unter anderem Gruppen mit dem Namen »Wer Multikulti will, der hat keine eigene Kultur«, »Groß- oder Kleindeutsche Lösung«, in der über die Frage diskutiert wird, ob Deutschland mit Österreich oder ohne gesehen werden sollte, oder »Wer den Papst angreift, dem kack ich in den Dönerladen«. In diesen Gruppen, die teilweise über 200 Mitglieder haben, finden sich auch Personen, die nebenbei auch in der Gruppe »Deutsche Burschenschaft« vertreten sind. Die »Deutsche Burschenschaft« ist ein Dachverband für etwa 120 Burschenschaften aus Deutschland sowie aus Österreich und hat nahezu 15.000 Mitglieder. Wer in die StudiVZ-Gruppe will, muss auch nachweisen können, dass er im »realen Leben« auch in einer Burschenschaft aktiv ist.

Dabei gilt es zu bedenken, dass die Übergänge zwischen einigen in der »Deutschen Burschenschaft« organisierten Kooperationen und dem offen rechtsextremistischen Spektrum häufig fließend sind. So werden regelmäßig NPD-Mitglieder und andere Rechtsextremisten als Referenten von solchen Burschenschaften eingeladen. Da die Burschenschaftler in ihren Gruppen »unter sich« sind, können sie auch ungestört das StudiVZ als Kommunikationsplattform missbrauchen.

Auch andere rechtsextreme Gruppen treffen sich gerne im StudiVZ. So zum Beispiel Anhänger der »Jungen Freiheit«, die StudiVZ-Gruppe der rechten Wochenzeitung oder in der »Anti-Zecken-Liga«, die klar neonazistisches Jargon benutzen und keinen Hehl daraus machen, welcher Gesinnung sie sind. Mit StudiVZ haben sie eine Plattform gefunden, auf der sie sich ungestört vernetzen können und ungeniert ihren Aktionen nachgehen können.

StudiVZ selbst hat festgesetzt, was für Gruppen gegründet werden dürfen: »Folgende Gruppen akzeptieren wir nicht: Gruppen, die Kritik am StudiVZ ausüben, Gruppen, die wir nicht mögen, Gruppen für Meinungs- und Rezeptionsfreiheit«<sup>10</sup> Mittlerweile wurden diese Kriterien zwar abgeändert<sup>11</sup>, doch fehlt weiterhin die definitive Absage an rechtsextreme, sexistische oder homophobe Organisationen, die durch StudiVZ eine weitere Kommunikationsplattform erhalten haben.

Das Online-Portal wurde nach dem Öffentlichen werden der erheblichen Sicherheitslücken und anderer Probleme offline gestellt und war für mehrere Tage nicht aufrufbar. Ein Verhaltenskodex soll nun in Kontakt mit der gesamten StudiVZ-Gemeinschaft erstellt werden, damit sich solche Entgleisungen nicht wiederholen können. Fraglich bleibt jedoch, ob die Plattform jetzt, nach ihrem Relaunch, alle Datenschutz-mängel behoben hat und in Zukunft für die Datensicherheit ihrer BenutzerInnen sorgen kann. Zweifel bleiben angemessen. Alle StudiVZ-Nutzerinnen und -Nutzer sollten sich über die Risiken bewusst sein und gegebenenfalls Konsequenzen ziehen.

## Fußnoten

- <sup>1</sup> [www.facebook.com](http://www.facebook.com)
- <sup>2</sup> <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,448340,00.html>
- <sup>3</sup> <http://fx3.org/blog/2006/11/21/studivz-unserentglichen-privacy-gau-gib-uns-heute/>
- <sup>4</sup> *Was für einen Zweck dies haben sollte, bleibt fraglich...*
- <sup>5</sup> [http://rebellmarkt.blogger.de/static/antville/rebellmarkt/images/studivz\\_vbeobachtergr.jpg](http://rebellmarkt.blogger.de/static/antville/rebellmarkt/images/studivz_vbeobachtergr.jpg)
- <sup>6</sup> [http://www.youtube.com/watch?v=O\\_rLaG2iXFk](http://www.youtube.com/watch?v=O_rLaG2iXFk)
- <sup>7</sup> *Es handelt sich dabei um [www.unister.at](http://www.unister.at) und [www.studylounge.co.uk](http://www.studylounge.co.uk); <http://fx3.org/blog/2006/11/01/studivz-jetzt-wirds-schmutzig/>*
- <sup>8</sup> <http://www.blogbar.de/archiv/2006/11/23/studivz-700-stalker-und-der-datenschutz/>
- <sup>9</sup> <http://www.heise.de/newsticker/result.xhtml?url=/newsticker/meldung/81562&words=StudiVZ>
- <sup>10</sup> <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,448340,00.html>

# Mordanschlag auf den AStA?

Große Teile des AStA-Gebäudes sind inzwischen unbenutzbar.

*zustandsbericht*

**S**eit geraumer Zeit bemängeln Mitglieder des AStAs die weitgehende Verschimmelung der Kellerräume in der AStA-Villa Otto-von-Simsonstr. 23.

Trotz Mitteilung an die Universitätsverwaltung und -leitung tut sich dort einfach nichts. Inzwischen sind die Gerüche auch in den letzten benutzten Kellerräumen unerträglich. Eine Gesundheitsgefährdung kann nicht ausgeschlossen werden. Es scheint, dass die Probleme der Studierendenvertretung bei der Universitätsverwaltung keine große Priorität haben.

Es werden lieber zum Verkauf stehende und von Marketinggruppen genutzte Villen saniert, als Gebäude, in denen sich Studierende aufhalten! Das AStA-Haus befindet sich allgemein in keinem guten Zustand, die Heizungen funktionieren kaum und die sanitären Einrichtungen werden nicht gewartet. Das eigentlich als neues AStA-Haus vorgesehene Haus in der Otto-von-Simson-Str. 13/15 wird derweil von Master-Business-Marketing und einem Schulqualitätsinstitut besetzt. So sollte eine an einem guten Dialog mit Studierenden interessierte Universität nicht mir deren Vertretung umgehen!



# Wahlen im Januar!

Am

**16. und 17. Januar**

könnt ihr die studentischen Vertreterinnen und Vertreter für den

**akademischen Senat**

und das (ruhende)

**Kuratorium**

wählen.

Und vom

**16. bis 18. Januar**

finden die Wahlen zum

**Studierendenparlament**

und den

**Fachschaftsräten**

statt.



Brav und artig resignieren.

Wer nicht kämpft kann nur verlieren.

Hoffnung schon längst auf allen Vieren.

Wer hat gesagt, es muss so bleiben.

Es geht anders, ich will leben!

Es muss mehr als das hier geben!

[*Keine Wahl* | But Alive]